
Die Transformationsprozesse Polens und Tschechiens im Vergleich

Jakob Juchler

1. Einleitung

Vor zehn Jahren begann die „Wende“ in den osteuropäischen Staaten. Polen und Tschechien gehören zu den relativ erfolgreichen Beispielen post-sozialistischer Transformationsprozesse, denen es gelungen ist, die anfänglichen politischen und wirtschaftlichen Krisen zu überwinden, grundlegende demokratische Institutionen zu etablieren sowie Veränderungen in Richtung marktwirtschaftlicher Strukturen voranzutreiben. Beide Staaten gehören denn auch nicht zufällig zu den ersten osteuropäischen EU-Beitrittskandidaten. Allerdings werden sie immer noch von einer Reihe schwieriger Probleme belastet, wie dem Aufbau konkurrenzfähiger Unternehmen und funktionierender zivilgesellschaftlicher Instanzen oder der Bewältigung „wilder“ Kapitalismusstrukturen mit ihren Korruptionserscheinungen und großen sozialen Unterschieden.

Was einen Vergleich dieser beiden Länder besonders interessant macht, sind ihre weitgehend asymmetrisch verlaufenen Entwicklungsmuster. Tschechien hatte zuerst politisch wie wirtschaftlich eine stabilere Entwicklung als Polen zu verzeichnen, wobei selbst die Trennungsprobleme der alten Tschechoslowakei keine größere Zäsur bewirkten. In den letzten Jahren hat sich aber eine gegenläufige Tendenz durchgesetzt. Während Tschechien in Turbulenzen geraten ist, konnte Polen wirtschaftliche Erfolge buchen und sich trotz einer starken Polarisierung politisch stabilisieren. Allerdings sind in jüngster Zeit auch in Polen vermehrt Spannungen aufgetreten. Der vorliegende Artikel versucht die wichtigsten wirtschaftlichen und politischen Entwicklungslinien nachzuzeichnen und relevante Gründe für die Unterschiede darzustellen. Dabei steht die konkrete Dynamik des Transformationsprozesses im Vordergrund, wobei auch historische Hintergründe beigezogen werden. Abschließend werden die Aussichten für die Zukunft umrissen.

2. Die Ausgangslage

Obwohl grundlegende Gemeinsamkeiten des realsozialistischen Systems beide Länder entscheidend prägten, unterschied sich die wirtschaftliche und politische Situation bereits vor der Wende beträchtlich.¹ Polen kämpfte mit sichtbaren wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten, die bereits in der gescheiterten „Modernisierungspolitik“ der Giersek-Ära in den siebziger Jahre ihren Anfang genommen und in der innovativen, aber instabilen Solidarnosc-Phase von 1980/81 einen ersten Höhepunkt erreicht hatten. Die Tschechoslowakei hingegen erschien nach außen hin stabil, nachdem die „Normalisierungspolitik“ im Gefolge der Liquidierung des Prager Frühlings von 1968 einen – zwar nur prekären „Burgfrieden“ zwischen – Bevölkerungsmehrheit und Regime etablieren konnte.

In Polen stellte die Verhängung des Kriegsrechts im Dezember 1981 die entscheidende Zäsur dar, welche die Entwicklung der achtziger Jahre bestimmte. Im Gegensatz zur Entwicklung in Prag nach 1969 blieben reformorientierte Führungskräfte an der Macht. Diese versuchten, eine Art Doppelstrategie zu verfolgen: harte Repression gegen oppositionelle Aktivisten einerseits, Fortführung eines gewissen Reformkurses andererseits – besonders im wirtschaftlichen Bereich. Eine harte Stabilisierungspolitik mit Reallohnabbau wurde von Dezentralisierungsreformen begleitet. Damit konnte zwar die offene Krise aufgefangen werden, aber grundlegende Schwächen blieben erhalten, wie mangelnde Produktivitätsverbesserungen, ausgetrocknete Gütermärkte und eine weiter wachsende Verschuldung. 1987 betrug das Wachstum des Nationaleinkommens nur mehr knapp 2 Prozent, die offizielle Inflationsrate 25 Prozent, 1988 sogar 61 Prozent, und die Bruttoverschuldung 1989 39 Milliarden \$. Zu diesen Schwierigkeiten kamen strukturelle Probleme. Obwohl die sozialistische Phase bedeutsame Veränderungen in Richtung eines Industriestaates gebracht hatte, war Polen Ende der achtziger Jahre immer noch relativ rückständig. Besonders die Sektorstruktur war 1986 mit 29 Prozent im Primärsektor Beschäftigten – hauptsächlich private Kleinbauern – traditionell orientiert.²

Politisch wurde in Polen ebenfalls eine Stabilisierung erreicht. Streiks und Demonstrationen gingen relativ schnell zurück. Aber die Untergrundstrukturen konnten nicht zerschlagen werden. Und die Kirche als unabhängige „antikommunistische“ Institution hatte an Einfluß und Ansehen gewonnen. Entscheidend war aber die fehlende Akzeptanz des Regimes, die für einen erfolgreichen Reformkurs notwendig gewesen wäre. Etwa ein Fünftel bis ein Viertel der Bevölkerung war relativ klar für das Regime, rund ein Fünftel bis ein Drittel aber ebenso entschieden dagegen, knapp die Hälfte legte sich nicht genau fest oder interessierte sich überhaupt nicht für Politik.³ Seit 1987, nach der Einleitung der Perestroika in der UdSSR, setzte die Warschauer Führung vermehrt auf Wirtschaftsreformen mit Liberalisierungsmaßnahmen, z.B. bei der Zulassung von Privatbetrieben. Diese Strategie stieß aber auf Widerstand. Zunehmende Streiks und eine schlechter werdende Stimmung verschärften das Dilemma der Führung,

die für ihre Reformen gerade die Unterstützung derjenigen Schichten (vor allem der Intelligenz und der Facharbeiter) benötigte, die ihr ablehnend gegenüberstanden.

In der CSSR sah die Situation anders aus als in Polen. Die Wirtschaftslage schien einigermaßen stabil. Von 1984 bis 1988 bewegten sich die offiziellen Wachstumsraten zwar nur um die 2 bis 3 Prozent. Die Inflationsraten waren aber gering – nach offiziellen Angaben waren die Preise 1989 gegenüber 1980 nur um insgesamt 14 Prozent gestiegen. Und obwohl die Versorgungslage angespannt war, konnte sie im Vergleich zu den meisten osteuropäischen Staaten als gut eingestuft werden. Die Bruttoverschuldung gestaltete sich mit 7,9 Milliarden \$ erträglich. Auch die Sektorstruktur war Mitte der achtziger Jahre moderner als diejenige Polens. Nur 13 Prozent der Beschäftigten arbeiteten im Primärsektor. Mit 47 Prozent im Sekundärsektor war aber eine Überindustrialisierung vorhanden. Das Entwicklungsniveau war generell deutlich höher als in Polen.⁴ Die tschechoslowakische Wirtschaft wies aber grundsätzlich die gleichen Probleme auf wie alle andern osteuropäischen „realsozialistischen“ Ökonomien: schwache Produktivität, Rohstoff- und Energieverschwendung (inklusive enormer regionaler Umweltbelastungen), einseitige schwerindustriell orientierte und veraltete Wirtschaftsstrukturen sowie geringe und abnehmende Konkurrenzfähigkeit auf den Weltmärkten. Spezifisch war der besonders geringe Anteil der privaten Produktion, die entsprechend dem dogmatischen Kurs der Partei sogar zurückgestuft worden war. Mitte der achtziger Jahre waren dort nur rund 0,3 Prozent aller Beschäftigten tätig, in Polen hingegen fast 30 Prozent, vor allem Kleinbauern.

Die spezifisch tschechische „Normalisierung“ nach 1968 beinhaltete aber auch eine bescheidene, relativ kontinuierliche Konsumausweitung mit der Tolerierung einer unpolitischen „Privatsphäre“. Es herrschte weitgehend politisches Desinteresse vor, und die Verfolgung privater Ziele, das Leben in der „zweiten Gesellschaft“, dominierte. Die Gesellschaftsstruktur war durch die typische sozialistische Machtdifferenzierung geprägt, wobei materiell relativ egalitäre Verteilungsmuster dominierten. Politisch schien die Lage nach außen hin relativ stabil. Die alte Machtelite blieb fast unverändert am Ruder, und Oppositionskreise, die sich erstmals mit der Chartabewegung Ende der siebziger Jahre öffentlich manifestierten, blieben schwach.⁵ Allerdings gab es zunehmende Spannungen, die mit den Entwicklungen in der UdSSR seit dem Beginn der Perestroika zusammenhingen. Damit begannen nämlich die Grundpfeiler des Regimes, die bedingungslose Unterstützung durch Moskau sowie die von der Bevölkerung angenommene Chancenlosigkeit von Reformen zu wanken.

Entsprechend der unterschiedlichen Ausgangsbedingungen gestalteten sich auch die Wendeprozesse verschiedenartig. Polen gehörte neben Ungarn zu den Ländern, die eine weitgehend evolutionäre Übergangsphase vollzogen. Unter großem sozialem und wirtschaftlichem Druck stehend, suchte das Regimelager schon seit dem Herbst 1988 eine Verständigung mit der Solidarnosc-Opposition. Im „Runden-Tisch-Abkommen“ vom April

1989 einigte man sich auf deren Wiedenzulassung sowie auf Reformen in Richtung Demokratie und ein „gemischtes“ Wirtschaftssystem. Die Solidarnosc-Bewegung wurde erneut zum Hoffnungsträger, gewann die halbfreien Wahlen vom Juni 1989 und etablierte sich bereits im Herbst als führende politische Kraft, indem sie in einer breiten Koalitionsregierung mit den alten Blockparteien den Ministerpräsidenten und die meisten Minister stellen konnte. Besonders drängend waren die Wirtschaftsprobleme, insbesondere die Ungleichgewichte auf den Gütermärkten mit enormen Preissteigerungen und Versorgungsengpässen, die im Sommer 1989 außer Kontrolle zu geraten drohten. Diese Verhältnisse förderten die Bereitschaft der politischen Elite – inklusive der Mehrheit der „kommunistischen“ Führung –, eine Reformstrategie zu akzeptieren, die nicht nur radikale Stabilisierungsmaßnahmen, sondern auch eine Orientierung auf eine westliche Wirtschaftsordnung enthielt. So kristallisierte sich eine Reformstrategie heraus, die durch ein spezifisches Verhältnis zwischen politischem und wirtschaftlichem Umbau gekennzeichnet war: Einerseits wurde eine graduelle politische Veränderung vorgesehen mit einem kontinuierlichen Übergang zu einer parlamentarischen Demokratie, andererseits ein radikaler wirtschaftlicher Wandel anvisiert.

In der Tschechoslowakei hingegen war es durch den fehlenden Reformwillen des orthodoxen, scheinbar fest im Sattel sitzenden kommunistischen Regime zu einem abrupten Übergang gekommen – ähnlich wie in der DDR. Nach der „samtenen“ Revolution Mitte November bis Mitte Dezember 1989, die mit Massendemonstrationen und Verhandlungen den Rücktritt der alten Garde erzwungen hatte und mit der Bildung einer Übergangsregierung der „nationalen Verständigung“ geendet hatte, war eine im Vergleich zu Polen umgekehrte Prioritätenliste entstanden. Vordringlich war der politische Umbau mit freien Wahlen, die schließlich auf Anfang Juni 1990 angesetzt wurden. Die Umstellung der Wirtschaft ging man hingegen zögerlich an; es fehlte auch der unmittelbare Reformdruck, da sich die wirtschaftliche Situation längst nicht so dramatisch präsentierte. Erst nach den Wahlen setzte sich dann ein „radikaler“ Reformkurs durch.

3. Zur wirtschaftlichen Entwicklung

3.1 Die erste Phase: Reform, Kriseneinbruch und Erholung (bis 1996)

Polen und Tschechien stellen zweifellos die osteuropäischen Länder dar, welche die wirtschaftliche Umstellung am konsequentesten einleiteten. Sie sind dabei einer sogenannten „Schocktherapie“ gefolgt, wie sie auch von internationalen Organisationen wie dem Weltwährungsfonds empfohlen wurden. Wie angedeutet spielte Polen dabei eine Pionierrolle, indem es den nach dem Finanzminister benannten Balcerowicz-Plan bereits Anfang 1990 in Kraft setzte. Tschechien, damals noch (dominanter) Teil der Tschechoslowakei, folgte mit dem von Vaclav Klaus geprägten Reformplan ein

Jahr später. Eine ähnliche Schockstrategie wie in Polen wurde erst im Herbst 1990 ausgearbeitet und Anfang 1991 in Kraft gesetzt. Die Reformprogramme der beiden Ländern umfaßten die gleichen grundlegenden Maßnahmen: eine fast vollständige Preisliberalisierung sowie Erhöhungen der staatlich kontrollierten Preise mit einem generellen Subventionsabbau; Liberalisierung des Außenhandels und weitgehende interne Konvertierbarkeit der Währungen mit einem stark abgewerteten fixen Wechselkurs; hohe Zinsen durch den stark erhöhten Diskontsatz der Nationalbank und eine prohibitive Lohnwachstumssteuer; Einleitung der Privatisierung der Wirtschaft.⁶

Die unterschiedlichen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen beeinflussten die Realisierung und Konkretisierung der wirtschaftspolitischen Programme. In Polen führten die instabileren politischen Verhältnisse und der größere soziale Druck von unten zu stärkeren Modifikationen und Schwankungen in der Reformpolitik. Allerdings kam es dabei nie zu einem grundlegenden Kurswechsel, auch nicht nach dem Machtwechsel zu einer postkommunistisch dominierten Regierung im Herbst 1993. In der Tschechoslowakei war die Entwicklung konstanter, auch wenn anfänglich die Spannungen zwischen den Teilrepubliken Tschechien und Slowakei etliche Friktionen verursachten, die erst nach der Anfang 1993 vollzogenen Trennung nachließen. Neben verschiedenen Akzentsetzungen in der konkreten Wirtschaftspolitik, auf die weiter unten eingegangen wird, unterschieden sich Polen und die Tschechoslowakei vor allem bei der Privatisierung, wenn man von der ähnlich verlaufenen „kleinen“ Privatisierung, dem Verkauf von kleinen Geschäften und Betrieben, absieht. Polen bevorzugte die klassischen Methoden des Verkaufs – Direktverkauf, Auktionen, Emissionen von Aktien und vor allem den Verkauf bzw. die Pacht von Unternehmen an Management und Beschäftigte. Die Tschechoslowakei hingegen präferierte die schneller wirksam werdende und politisch profitable Massenprivatisierung bzw. Couponprivatisierung. Die BürgerInnen konnten gegen ein geringes Entgelt Coupons beziehen, um sie dann gegen Aktien oder Anteile von Investmentfonds einzutauschen. Die erste Phase lief bereits im Herbst 1991 an und wurde im Winter 1993 abgeschlossen, die zweite dauerte vom Herbst 1993 bis in den Frühling 1995. Obwohl auch in Polen schon im Sommer 1991 vom Parlament eine allerdings bescheidenere Massenprivatisierung beschlossen worden war, wurde diese immer wieder verzögert und modifiziert, so daß sie erst im Herbst 1995 konkret umgesetzt wurde und nur ein relativ kleines Ausmaß aufwies.⁷ Da der polnische Privatisierungsprozeß auch sonst etwas an Dynamik verlor, machte Tschechien den Startnachteil schon bald wett (vgl. Tabelle 1a im Anhang). Allerdings sagt der rein statistische Anteil am Sozialprodukt nur wenig aus über die effektive Bedeutung des Privatsektors (vgl. nächster Abschnitt).

Bei der makroökonomischen Entwicklung resultierten ebenfalls Gemeinsamkeiten, aber auch wichtige Unterschiede. Beide Länder haben nach dem „Big Bang“ eine tiefgehende Anpassungskrise erfahren, die sogar stärker als erwartet ausfiel. Sie mußten beide erst einmal einen Wachstums-

einbruch von rund 20 Prozent und große Reallohnverluste von etwa einem Viertel hinnehmen (vgl. Tabelle 1a). Daß die Tschechoslowakei eine deutlich geringere Inflation und ein praktisch ausgeglichenes Budgetergebnis verzeichnen konnte, läßt sich mit der besseren Ausgangslage und mit dem geringeren sozialen Druck erklären. Polen schaffte es aber, eine frühere und entschiedener Wende in der Wachstumsentwicklung zu vollziehen. Als erstes Land in Osteuropa hatte es bereits 1992 wieder ein positives Wachstum verzeichnen können, während die Tschechoslowakei noch ein Minus von 6,4 Prozent aufwies. Allerdings mußte Polen – scheinbar paradoxerweise – eine deutlich höhere Arbeitslosenrate in Kauf nehmen. Diese betrug Ende 1992 14 Prozent, in der Tschechoslowakei hingegen nur 5 Prozent. Die Entwicklung in der tschechischen Teilrepublik war sogar noch günstiger verlaufen. Die Arbeitslosenrate stellte mit 3 Prozent Ende 1992 und 3,5 Prozent 1993 eine Ausnahmeerscheinung dar.

Daß Polen eine schnellere Wachstumserholung erzielte als Tschechien bzw. die Tschechoslowakei, ist angesichts der erwähnten ungünstigeren Ausgangsbedingungen erstaunlich. Der Blick auf die Statistik (vgl. Tabelle 1a) zeigt, daß dies nicht nur an der späteren Einführung des tschechischen Reformprogrammes lag. Drei Jahre nach dem „*Big Bang*“, im Jahre 1992, hatte Polen schon eine positive Wachstumsrate von 2,6 Prozent aufzuweisen, Tschechien aber, im Jahre 1993, noch eine Rate von -0,9 Prozent. Auch in den folgenden zwei Jahren schnitt Polen jeweils etwas besser ab mit Wachstumsraten, die 1 bis 2 Prozent über denjenigen Tschechiens lagen. Die schwächere Leistung Tschechiens könnte auch auf die durch die Trennung entstandenen Probleme zurückgeführt werden. Dieser Faktor spielte sicher eine Rolle, vor allem unmittelbar nach der Unabhängigkeit.⁸ Bedeutsamer aber dürfte das gesamte wirtschaftspolitische Umfeld gewesen sein.

Entgegen der neoliberalen Rhetorik, wie sie in Tschechien – vor allem von Vaclav Klaus – gepflegt wurde, verfolgte die Regierung faktisch nur teilweise eine harte Reformpolitik. Am härtesten war der Kurs im monetär-fiskalischen Bereich. Beispielsweise hielt man nicht nur an einem ausgeglichenen Budget, sondern auch weitgehend an einem stabilen Wechselkurs fest, und dies trotz eines deutlichen Aufwertungseffekts infolge der höheren Inflationsrate, was das Wachstum durch schwierigere Exportbedingungen behinderte. In Polen herrschte im monetär-fiskalischen Bereich – nicht zuletzt unter dem Zwang der widrigeren Umstände – eine flexiblere Politik vor, wie beispielsweise die Aufgabe des festen Wechselkurses seit Mai 1991 oder die defizitärere Budgetpolitik illustrieren, was indirekt zur Wachstumserholung beitrug. Umgekehrt legten die Polen in andern Bereichen eine härtere Gangart vor, sowohl was die staatliche Politik wie die konkreten Maßnahmen der Betriebe anbelangte. Dies betraf vor allem die Arbeitsmarkt- und Lohnpolitik sowie generell die Restrukturierung der Unternehmen. Die Tschechoslowakei hingegen verfolgte hier eine deutlich moderatere Politik, die auch unter Einbezug der Sozialpartner formuliert wurde. Schon zu Reformbeginn schuf man entsprechende tripartitische Verhandlungsstrukturen; in Polen hingegen wurden solche erst 1994 mit viel Mühe

ins Leben gerufen.⁹ Die Restrukturierung war in vielen Betrieben, nicht zuletzt wegen der Massenprivatisierung, aufgeschoben worden, während in Polen meist nur gut organisierte Branchen und Großbetriebe wie der Bergbau die Umgestaltung hinausschieben konnten. So ist es kein Zufall, daß die Arbeitsproduktivität in der polnischen Industrie seit 1992 stärker gestiegen ist als in der tschechischen, was zusammen mit den deutlich geringeren Lohnsteigerungen auch die relative Wettbewerbsposition verbesserte.¹⁰ Während Polen durch den eingeschlagenen Kurs Wachstumsvorteile herausholte, waren dafür die „sozialen Kosten“ in Tschechien geringer. Die angesprochene tiefe Arbeitslosenquote in Tschechien, die auch 1994-96 zwischen 3 und 4 Prozent schwankte, ist beispielsweise weitgehend darauf zurückzuführen, daß die Unternehmen weniger unter Druck standen und der Staat, vor allem zu Beginn, eine relativ aktive Beschäftigungspolitik betrieb. Zudem stieg in Tschechien wegen der besseren Ausgangslage und der geringeren Arbeitslosigkeit die Armutsrate viel weniger an als in Polen, obwohl in beiden Ländern die Einkommensungleichheit stark zugenommen hatte, vor allem durch die teilweise explosiv angewachsenen Einkommen der neuen Unternehmer, Manager und Freiberufler.¹¹

Nicht überraschend ist auch, daß sich Polen und Tschechien bezüglich des Streikverhaltens beträchtlich unterschieden. Während in Polen nach offiziellen Angaben von 1991-1995 insgesamt bei über 1,5 Millionen Streikteilnehmern gut 3,5 Millionen Arbeitstage verloren gingen, waren es in Tschechien nur gerade 28.000 Arbeitstage. Dies hängt damit zusammen, daß es aufgrund der besseren Bedingungen weniger Konflikthanlässe gegeben hat, mehr aber noch mit dem gängigen Stil der Konfliktaustragung. In Polen wurde schnell zum Mittel des „wilden“ Streiks gegriffen, vor allem in einzelnen Betrieben, z.T. auch in ganzen Branchen. In Tschechien hingegen versuchte man mit Verhandlungen und allenfalls noch mit Streikdrohungen die Konflikte zu lösen. Auch wenn in Polen die Streiks nach 1992 und vor allem nach 1994 deutlich zurückgingen, nicht zuletzt aufgrund abnehmender Streikeffektivität und einer Verlagerung auf politische Protestformen, blieb die Streikhäufigkeit deutlich größer als in Tschechien. 1995 z.B. war die Zahl der Streiktage pro Beschäftigte in Polen immerhin noch fast 10mal größer als in Tschechien.¹²

Neben den bereits angesprochenen Unterschieden in den konkreten Ausgangsbedingungen kann eine Erklärung für die verschiedenen Entwicklungstendenzen in den grundlegenden, geschichtlich gewachsenen Verhaltensdispositionen der beiden Nationen gesucht werden. Die Polen haben eine lange Tradition solidarischer und militanter Aktionen, gleichzeitig sind sie aber auch auf individualistische und partikularistische Verhaltensweisen orientiert.¹³ Sie können sich gut anpassen, sind sogar eigentliche Improvisationskünstler, haben aber Mühe, übergreifende gemeinsame Handlungsstrategien und Verhandlungslösungen zu entwickeln, abgesehen von Ausnahmesituationen wie 1980 oder 1989. In Tschechien hingegen herrscht eher die Tendenz vor, Kompromiß und Konsens zu suchen. Mittels institutioneller (Verhandlungs-)Prozesse wird ein Interessenaus-

gleich angestrebt, der politische und soziale Stabilität ermöglichen soll. Parallelen zu Österreich sind unverkennbar, was aufgrund der gemeinsamen Vergangenheit nicht erstaunt. Letztlich steht der Ausgleich im Vordergrund, nicht der offene Konkurrenzkampf und das „Durchmischeln“, wie es in Polen häufiger der Fall ist. Obwohl in beiden Ländern – wie überall in Osteuropa – korporatistische und klientelistische Strukturen einen wichtigen Platz einnahmen, waren sie in Tschechien denn auch stärker ausgeprägt. Durch die Macht-Stabilität (vgl. Abschnitt 4.1) setzte sich zudem die Tendenz zu einem „Parteienstaat“ besonders ausgeprägt durch, indem die herrschenden Kreise die einflußreichen und lukrativen Posten selbst besetzten oder gegen entsprechende Gegenleistungen verteilten. Diese Tendenzen bilden auch einen Erklärungshintergrund für die Entwicklungen in jüngster Zeit, insbesondere für das Abgleiten Tschechiens in eine eigentliche Krisensituation.

3.2 Die aktuelle Entwicklung (ab 1996)

Eine besondere Rolle bei der Gestaltung der wirtschaftlichen Strukturen spielten die erwähnten Massenprivatisierungen. Die überforderten Couponbesitzer überließen zu fast drei Viertel ihre Aktien Investmentfonds. Durch die enge Verknüpfung der großen Investmentfonds mit den staatlich dominierten Großbanken entstanden undurchsichtige und oft ineffiziente Strukturen. Es fehlte zudem an grundlegenden Regulierungen. So gab es beispielsweise kein effektives Börsengesetz, im Gegensatz etwa zu Polen und Ungarn. Die Regierung forcierte ihre monetaristisch ausgerichtete Wirtschaftspolitik, ohne sich groß um die Auswirkungen des „Filzkapitalismus“ zu kümmern. Gleichzeitig verloren die sozialpolitischen Gremien, wie die drittelparitätische Kommission, in denen Regierung, Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften Lösungen zu wichtigen Fragen erarbeiten sollten, an Einfluß.¹⁴

Wie bereits im vorangegangenen Abschnitt ersichtlich geworden ist, schien aber die tschechische Variante des postsozialistischen Umbaus gut zu funktionieren – trotz Schwachpunkten wie der relativ langsameren Wachstumsentwicklung. 1995 stieg sogar das Wachstum auf die Höchst-rate von über 6 Prozent. Sozial relevante Größen wie die Arbeitslosigkeit entwickelten sich günstig, da Restrukturierungen hinausgezögert wurden, und die wirtschaftlichen Zentren florierten, allen voran das boomende, zunehmend verwestlichte Prag. Im Dezember 1995 betrug die Arbeitslosenrate nur gerade 2,9 Prozent, eines der weltweit besten Ergebnisse. Im Schlepptau der geringen Arbeitslosigkeit legten auch die Reallöhne mit jährlichen Wachstumsraten von 8 Prozent deutlich zu (vgl. Tabelle 1a). Obwohl die Zufriedenheit mit der Marktwirtschaft seit 1990 ständig abgenommen hatte – nicht aus grundsätzlicher Ablehnung, sondern aus Enttäuschung über die konkrete Umsetzung – und 1995 bereits deutlich geringer war als in Polen, wurde die allgemeine Entwicklungsrichtung von einer klaren Mehrheit positiv eingeschätzt (vgl. Tabelle 2). Politische und soziale Stabilität sowie

der wirtschaftliche Aufschwung lockten immer mehr ausländisches Kapital an, das teilweise aber nur kurzfristig zu Spekulationszwecken angelegt wurde und die Währungsstabilität bedrohte. Weitere Risse im tschechischen Wirtschaftswunder waren erkennbar. Seit dem Sommer 1994 war die Handelsbilanz von einem positiven in einen zunehmend negativen Saldo gekippt. Die relativ geringen Produktivitätsfortschritte und die reale Aufwertung der Währung verschlechterten die Konkurrenzfähigkeit der tschechischen Wirtschaft. Zwar machte der Staat mit seiner Sparpolitik, die vor allem auf Kosten des populären Sozialsystems ging, fast keine neuen Schulden. Aber die Zahlungsausstände der Unternehmen stiegen, und die Banken verzeichneten einen hohen Anteil fauler Kredite, der 1995 schon rund ein Drittel ausmachte. Dies war umso bedeutsamer, als in Tschechien die Kredite einen hohen volkswirtschaftlichen Stellenwert besaßen.¹⁵ Die bedrängten Banken schonten ihrerseits häufig ihre schlechten Schuldner, vor allem wenn sie über den Besitz von Aktien an den Firmen beteiligt waren. Die aufgeschobene Sanierung des Bankensektors wirkte sich bereits 1996 aus. Mehrere Banken wurden zahlungsunfähig, darunter im August mit der Kreditna Banka eine größere Bank, was auch einen psychologischen Schock auslöste. Die stagnierenden Exporte und die weiter wachsenden Importe hatten gleichzeitig zu einem explosiv angewachsenen Handelsdefizit von über 6 Milliarden \$ geführt. Das Zahlungsbilanzdefizit nahm mit fast 8 Prozent des BIP gefährliche Ausmaße an. Zudem waren die (Netto-)Direktinvestitionen von 2,5 auf 1,4 Milliarden \$ zurückgegangen, und das ausländische Kapital begann sich abzusetzen, so daß auch die Devisenreserven abnahmen.

1997 spitzte sich die Situation zu. Im ersten Quartal stieg das Handelsdefizit weiter an, und auch die Industrieproduktion ging erstmals seit Jahren zurück. Die Regierung schnürte im April ein erstes Austeritäts-Maßnahmenpaket. Im Juni doppelte sie nach, nachdem die Währung unter starken Abwertungsdruck geraten war und auch das bisher hartnäckig verteidigte System fixer Wechselkurse aufgegeben werden mußte. Neben Importerschwerungen sollte die Nachfrage gedämpft werden, vor allem durch eine Fortführung der bereits seit August 1996 restriktiveren Geldpolitik sowie mittels staatlicher Ausgabenkürzungen.¹⁶ Damit gelang es zwar, die externen Ungleichgewichte abzubauen und die Währung zu stabilisieren, aber nur zum Preis einer deutlichen Rezessionstendenz. Die Arbeitslosigkeit stieg von 3,5 Prozent Anfang des Jahres auf 5,2 Prozent Ende des Jahres. Der private Konsum, der 1996 noch den entscheidende Wachstumsmotor dargestellt hatte, ging stark zurück, und die Zuwachsrate des BIP verringerte sich 1997 auf nur noch 1 Prozent. Budgetkürzungen, Lohnregulierungen und Steuererhöhungen verstärkten zudem die soziale Unzufriedenheit, die bereits vorher durch den schleichenden Sozialabbau und immer neue Affären, besonders im Privatisierungsbereich, angeheizt worden war. Bezeichnenderweise waren denn auch erstmals im Herbst die Befragten mehrheitlich mit der Marktwirtschaft und der allgemeinen Entwicklungsrichtung unzufrieden, ganz im Gegensatz zu Polen (vgl. Tabelle 2).¹⁷ Im No-

vember organisierten die Gewerkschaften eine Demonstration in Prag, die von weit über 100.000 Teilnehmern besucht wurde – die größte Manifestation seit der „sanften“ Revolution. Die Krisenphänomene trugen denn auch wesentlich zum Sturz der Regierung bei (vgl. Abschnitt 4.2).

Die Übergangsregierung führte die eingeschlagene Sanierungspolitik fort, wobei sie Reformen vor allem im Banken- und Finanzsektor entschiedener vorantrieb, was etwas mehr Transparenz, weniger Verflechtungen und strengere Regulierungen zur Folge hatte. Die neue sozialdemokratische Minderheitsregierung, die im August 1998 ihr Amt antrat, setzte in ihrem wirtschaftspolitischen Programm klassisch sozialdemokratische Akzente, insbesondere eine Stärkung der Nachfrage, u.a. auch durch Lohnerhöhungen im öffentlichen Sektor, sowie staatliche Revitalisierungsmaßnahmen, um die stärker werdende Rezession aufzufangen. Der beschränkte Spielraum der Minderheitsregierung, interne Meinungsverschiedenheiten, die mit einer Verzögerung sich nun voll auswirkenden vorangegangenen Austeritätsmaßnahmen sowie die – allerdings eher geringen – Auswirkungen der internationalen Finanzkrisen verhinderten aber Erfolge. Die Rezession betraf 1998 fast alle wesentlichen Bereiche, vor allem den privaten Konsum, der sogar um 7% zurückging; nur der Export konnte ein deutliches Wachstum verzeichnen, was zur weiteren Rückbildung des Zahlungsbilanzdefizits auf nur noch 2 Prozent des BIP führte. Die Arbeitslosigkeit stieg weiter an, vor allem in der zweiten Hälfte des Jahres, und erreichte im Dezember bereits 7,5 Prozent, im März 1999 8,4 Prozent. Für 1998 resultierte insgesamt ein Rückgang des BIP von 2,7 Prozent, im ersten Quartal 1999 sogar von 4,5%. Für 1999 wird maximal mit einem Nullwachstum und einer Arbeitslosenrate von gegen 10 Prozent gerechnet. Ein Hauptproblem ist nach wie vor die schlechte finanzielle Situation der meisten Unternehmen, die trotz der nun etwas großzügigeren Geldpolitik unter Liquiditätsproblemen und Kreditrestriktionen der härter auftretenden Banken leiden, die ihrerseits unter großem Druck stehen und vor der angekündigten weiteren Privatisierung mindestens teilweise saniert werden müssen. Obwohl nach langem Hin und Her im Frühling 1999 die Regierung die grundlegende Richtung der Revitalisierungsmaßnahmen festgelegt hat – Entschuldungshilfen aufgrund marktwirtschaftlicher Prinzipien und schnellere Privatisierung –, sind die konkrete Umsetzung und die Erfolgchancen weiterhin unklar.¹⁸

Im Vergleich zu Tschechien verlief Polens Entwicklung wesentlich vorteilhafter. Das auffallendste Merkmal ist zweifellos die anhaltend hohe Wachstumsdynamik. Auch 1996 und 1997 lag die Rate zwischen 6 und 7 Prozent. Erst 1998 kam es zu einer Abschwächung auf knapp unter 5 Prozent (vgl. Tabelle 1a). Polen ist es also bisher gelungen, eine neuerliche Rezession zu vermeiden. Und im Gegensatz zur ersten Erholungsphase ist auch die Arbeitslosigkeit gesunken. Die Rate, die auf ihrem Höhepunkt im September 1994 fast 17 Prozent betrug, ging zuerst nur zögerlich zurück. Seit dem Frühling 1996 reduzierte sie sich aber deutlich und erreichte im September 1998 mit 9,7 Prozent wieder den Stand vom Juni 1991.¹⁹ Daß sich Polens Konjunktur gegenüber Tschechien vorteilhafter entwickelte,

dürfte vor allem mit den im vorangegangenen Abschnitt angesprochenen generellen Unterschieden zu tun haben, insbesondere der größeren individuellen und institutionellen Flexibilität und Anpassungsfähigkeit sowie spezifischen Faktoren wie dem größeren Binnenmarkt bzw. der geringeren Außenhandelsabhängigkeit und dem kleineren, weniger krisenanfälligen Finanzsektor. Obwohl sich Polen bezüglich vieler wichtiger Parameter, wie den institutionellen Fortschritten in der Reformpolitik oder der Korruptionsanfälligkeit, kaum von Tschechien unterschied und es auch Problemsektoren wie Bergbau und Landwirtschaft mitschleppte, gelang es, Reserven zu mobilisieren, wobei vor allem der eigentliche Privatsektor, insbesondere die neu entstandenen kleinen und mittleren Firmen, eine dynamische Entwicklung vollzog.²⁰

So konnten auch ähnlich widersprüchliche Tendenzen wie in Tschechien besser aufgefangen werden, wie sich bereits 1996 zeigte. Neben den Investitionen, die um 20 Prozent zunahmen, war der private Konsum mit einer Zuwachsrate von über 8 Prozent erstmals der zentrale Wachstumsmotor, wozu die ebenfalls deutlich gestiegenen Reallöhne wesentlich beitrugen. Das Exportwachstum hingegen brach mit einer Wachstumsrate von nur noch rund 9 Prozent (1995 30 Prozent) stark ein. Bedingt durch den Konsumboom, die reale Aufwertung der Währung und die starke Importlastigkeit der ausländisch dominierten Firmen nahmen die Importe aber weiter zu. Dadurch resultierte mehr als eine Verdoppelung des Handelsdefizits auf 12,7 Milliarden \$.²¹ Der breit angelegte und durch Kleinhandel geprägte Grenzhandel – eine klassische "Pufferzone", die mit der erwähnten Adaptationsfähigkeit zu tun hat – vermochte zwar die Lücke nicht ganz aufzufangen, trug aber mit seinem Plus von rund 7 Milliarden \$ wesentlich dazu bei, daß das Zahlungsbilanzdefizit im Gegensatz zu Tschechien gering blieb. Die Devisenreserven nahmen sogar durch die beträchtlichen Kapitalzuflüsse etwas zu. Neben den um das Anderthalbfache angewachsenen Direktinvestitionen waren allerdings auch kurzfristige Spekulationsgelder ins Land geflossen, die den Kurs des Zloty in die Höhe trieben. Damit hatte sich, wie in Tschechien, das Dilemma zwischen Inflationsbekämpfung und Exportförderung verschärft. Zwar gelang es, die Inflationsrate erstmals knapp unter die 20-Prozent-Marke zu drücken, aber die angestrebte Zielgröße war wie in den Vorjahren verfehlt worden (vgl. Tabelle 1a).

1997 war durch ähnliche Entwicklungstendenzen gekennzeichnet wie das Vorjahr. Die Investitionen und die Reallöhne nahmen sogar noch etwas mehr zu; die Konsumexpansion schwächte sich nur leicht ab. Vor allem verstärkten sich die Ungleichgewichte im Außenhandel. Das Handelsdefizit wuchs auf 16,6 Milliarden \$ und das Zahlungsbilanzdefizit auf über 3 Prozent des BIP. Die weiterhin steigenden Kapitalzuflüsse ließen aber die Devisenreserven immer noch zunehmen. Insbesondere die (Netto-)Direktinvestitionen steigerten sich, und zwar von 2,7 Milliarden 1996 auf 3 Milliarden \$ 1997. Obwohl die polnischen Kapitalmärkte und die Währung ebenfalls von den internationalen Turbulenzen betroffen wurden, hielten sich deren Auswirkungen in Grenzen und konnten durch die Interventionen der Na-

tionalbank einigermaßen unter Kontrolle gehalten werden; die erfolgte reale Abwertung des Zloty übertraf zwar die angepeilten Werte, hatte aber einen dämpfenden Einfluß auf die Importdynamik. Die Geld- und die Fiskalpolitik blieben relativ konstant, obwohl seit August durch die Zinssatzerhöhungen der Nationalbank ein restriktiverer Kurs eingeschlagen wurde, vor allem um die überbordenden Privatkredite einzudämmen.²² Erstmals konnte trotz der guten Konjunkturlage mit 15 Prozent das anvisierte Inflationsziel erreicht werden. Die im Herbst ihr Amt antretende neue Mitte-Rechts-Regierung (vgl. Abschnitt 4.2) setzte unter ihrem Finanzminister Balcerowicz, der bereits 1989-91 dieses Amt ausgeübt hatte, neue Akzente, ohne allerdings einen wirklichen Kurswechsel zu vollziehen. Trotz interner Differenzen wurde das Schwergewicht auf eine Beschleunigung institutioneller Reformen gelegt, insbesondere im Privatisierungsbereich. Ferner strebte man eine etwas restriktivere Geld- und Fiskalpolitik an, um die interne Nachfrage zu dämpfen und die externen Ungleichgewichte abzuschwächen.²³

Interne und vor allem internationale Faktoren führten dazu, daß es 1998 zu spürbaren Änderungen in den wirtschaftlichen Entwicklungen kam. Wie erwähnt, schwächte sich das Wachstum des BIP ab. Vor allem die Zunahme der Industrieproduktion ging kontinuierlich zurück und verzeichnete im letzten Quartal erstmals seit langer Zeit eine leicht negative Rate. Die bisherigen Wachstumsmotoren, die Investitionen und vor allem der private Konsum, schwächten sich ebenfalls ab, auf 15 bzw. 4 Prozent. Gleichzeitig ging das Exportwachstum weiter zurück; im Gefolge der Asien- und Rußland-Krise ergaben sich mit den Entwicklungsländern und den osteuropäischen Staaten sogar deutlich negative Raten. Obwohl sich das Importwachstum auch etwas zurückbildete, nahm das Handelsdefizit nochmals deutlich zu und machte bereits zwei Drittel des Exportwertes aus. Die Industrieproduktion nahm im ersten Quartal 1999 weiter ab. Die schwächere Konjunktur bewirkte einen Anstieg der Arbeitslosenrate auf 12,1 Prozent im März 1999 sowie eine Verschlechterung der Finanzsituation der Unternehmen. Diese hatte sich schon seit 1995 stufenweise verschlechtert, wobei 1998 bereits wieder 35 Prozent aller Unternehmen rote Zahlen schrieben. Im ersten Quartal 1999 kippte die gesamte (Netto-)Profitrate sogar ins Minus, und die Anzahl der defizitären Unternehmen stieg auf 50 Prozent.²⁴ Somit stellt sich die Frage, ob Polen nicht bald in eine ähnlich kritische Situation geraten könnte wie Tschechien. Dies scheint allerdings eher unwahrscheinlich, da die Krisenfaktoren weniger ausgeprägt sind (vgl. auch Abschnitt 5). Die Entwicklung im zweiten Quartal 1999 zeigte auch bereits eine leichte konjunkturelle Erholung an, wobei allerdings die Arbeitslosenrate Ende Juli immer noch 11,8% betrug und Budgetdefizit wie Zahlungsbilanzdefizit deutlich schlechter als erwartet ausfielen.

4. Zur politischen Entwicklung

4.1 Die erste Phase: Konstituierung der relevanten politischen Kräfte (bis 1996)

Wie bereits in der Einleitung angedeutet worden ist, unterschieden sich Polen und die Tschechoslowakei auch in ihrer politischen Entwicklung deutlich. Zwar verfolgten beide Länder die gleiche grundlegende Zielsetzung, ihre politischen Systeme zu pluralistischen parlamentarischen Demokratien westlichen Zuschnitts umzugestalten. Und das Erbe des realsozialistischen Systems bedingte ähnliche Übergangsprobleme wie die Schaffung „zivilgesellschaftlicher Strukturen“ mit effizienten Parteien und Interessenorganisationen, die „Entbürokratisierung“ und Bildung klarer Kompetenzstrukturen. Aber die Unterschiede in der politischen Tradition, der unmittelbaren Ausgangslage und der konkreten Verlaufsdynamik führten auch hier zu verschiedenen Entwicklungsmustern. So unterschieden sich Polen und Tschechien schon bald einmal vor allem bezüglich Fragmentierungsgrad und politischer Stabilität. In Polen amtierten von 1990 bis 1996 beispielsweise nicht weniger als sieben Regierungschefs, in Tschechien hingegen nur zwei, die jeweils nach termingemäß stattfindenden Wahlen an die Macht gekommen waren.

Auf einen wichtigen Unterschied, den „evolutiven“ Reformbeginn in Polen und den „abrupten“ Übergang in der Tschechoslowakei, ist bereits hingewiesen worden. Die damit verbundene schnellere Umgestaltung der politischen Strukturen in Tschechien förderte ihrerseits die Bildung eines einigermaßen übersichtlichen politischen Spektrums. Allerdings waren anfänglich weitgehend ähnliche Entwicklungen des Parteiengefüges wie in Polen zu beobachten. Neben den beiden Hauptakteuren, den stark in die Defensive gedrängten Kommunisten und den aus dem Kampf gegen das alte Regime entstandenen, politisch dominanten „Forumsparteien“, wurde in beiden Ländern eine ganze Reihe von Parteien aktiv, die entweder an die Vorkriegstradition anknüpften wie die Sozialdemokraten oder neue Formationen darstellten wie die Grünen. Die Fragmentierungstendenz verstärkte sich in der Folge weiter. Bis im Juni 1991 ließen sich in Polen bereits 127 „Parteien“ registrieren, in der Tschechoslowakei waren es im April 1992 auch schon 120, in Tschechien allein 74. Entscheidend dabei war, daß die Forumsparteien, das tschechische Bürgerforum sowie die polnische Solidarnosc-Bewegung, als sehr heterogene Gruppierungen schon bald in verschiedene Flügel und Parteien zerfielen, da sich persönliche Rivalitäten sowie unterschiedliche Interessen und politische Orientierungen entsprechend auswirkten. Aufgrund der länderspezifischen Bedingungen waren allerdings sowohl Zeitpunkt wie konkrete Aufspaltung verschieden.

Die ältere und politisch diffusere Solidarnosc-Bewegung teilte sich bereits im Sommer 1990 in zwei lose „Hauptlager“ auf: in das eher national-traditionalistisch ausgerichtete „Gewerkschaftslager“ und das eher modern-liberale „Regierungslager“. Der Solidarnosc-Vorsitzende Walesa und der Pre-

mierminister Mazowiecki fungierten dabei als die Hauptprotagonisten, die sich auch bei den vorgezogenen Präsidentschaftswahlen vom Herbst 1990 heftig bekämpften. Dem Sieger Walesa gelang es aber nicht, eine schlagkräftige Parteiengruppierung aufzubauen.²⁵ Bis zu den ersten freien Parlamentswahlen vom Herbst 1991 splitterte sich die Solidarnosc-Bewegung weiter auf. Auch nachher kam es noch zu Abspaltungen und Regruppierungen von Parteien, die alle einen „Solidarnosc-Stammbaum“ beanspruchten, wobei im rechten Spektrum viele konkurrierende Gruppierungen entstanden.

In Tschechien spaltete sich das erst 1989 entstandene Bürgerforum später als die Solidarnosc, da der Kampf um die ersten freien Wahlen vom Juni 1990 die Bewegung zusammenhielt. Obwohl erste Ansätze zu einem differenzierten Parteienspektrum vorhanden waren, prägte die Vergangenheit, der Grundsatzkonflikt – „altes Regime“ gegen neue, moralisch bessere „Volksbewegung“ – die Auseinandersetzung. Der Kampf gegen die kommunistische Partei, die stärker traditionell ausgerichtet war als die postkommunistische Partei Polens, stand klar im Vordergrund.²⁶ In dieser Auseinandersetzung gewannen die Forumbewegungen deutlich an Popularität. Sie siegten schließlich mit 51 Prozent der Stimmen in Tschechien und 33 Prozent in der Slowakei. Nach dem Sieg kam es aber zu Konflikten und Flügelkämpfen, die in Tschechien im Frühling 1991 in der Bildung von drei verschiedenen Parteien kulminierten: der weitgehend rechtsliberal orientierten, organisatorisch stärksten Partei, der ODS (Demokratische Bürgerpartei) von Vaclav Klaus, der eher sozialliberal ausgerichteten OH (Bürgerbewegung) und der eher rechtsliberalen ODA (Bürgerlich-demokratische Allianz). Im Gegensatz zu Polen blieb diese Spaltung weitgehend erhalten.²⁷ Und trotz aller Turbulenzen blieben die Forumsparteien politisch dominant und bildeten bis zu den regulären Neuwahlen vom Frühling 1992 weiterhin eine funktionsfähige Regierungskoalition.

In Polen hingegen gelang es den diversen Solidarnosc-Parteien nicht, einigermaßen stabile Regierungsmehrheiten zusammenzustellen, wozu die Zersplitterung im Parlament beitrug. So resultierte eine instabile politische Szene mit schnell wechselnden Regierungen. Schon nach der Wahl Walesas im Dezember 1990 zum Präsidenten war eine neue Regierung unter dem relativ unbekannten Jan Bielecki, einem Gefolgsmann Walesas, gebildet worden, die sich in ihrem Kurs nur wenig von ihrer Vorgängerin unterschied. Die Parlamentswahlen vom Herbst 1991 brachten dann als Folge des Proporzwahlrechtes ohne Prozenzhürde und des Fehlens starker Parteien eine enorme Fragmentierung mit sich.²⁸ Die stärkste Partei, die UD (Demokratische Union), erreichte nur 12,3 Prozent, gefolgt von der postkommunistischen SLD (Bündnis der demokratischen Linken) und der teilweise noch „postkommunistisch“ beeinflussten Bauernpartei PSL. Insgesamt waren rechtstraditionalistische bzw. rechtspopulistische Kräfte am stärksten vertreten. Zuerst amtierte denn auch eine vorwiegend „national-traditionalistisch“ ausgerichtete Koalition unter Jan Olszewski, der auch die Bauernpartei PSL angehörte. Die angekündigte Wende zu einer entschlos-

senen Rezessionsbekämpfung blieb aber unverbindliches Programm, und die schwach abgestützte Regierung scheiterte schon nach einem halben Jahr. Die nächste, mehr „sozialliberal“ orientierte Regierung unter Hannah Suchocka, die der stärksten „Solidarnosc“-Gruppierung UD angehörte, verfügte zwar über eine etwas breitere Basis. Sie stürzte aber auch nach nicht einmal einem Jahr aufgrund eines Mißtrauensvotums, das ausgerechnet von Parlamentariern der Gewerkschaft Solidarnosc initiiert worden war, die vom vorsichtigen sozialpolitischen Kurs enttäuscht waren.²⁹

Die deutlichen Unterschiede zwischen der Tschechoslowakei und Polen, vor allem bezüglich Fragmentierungsgrad und Stabilität, lassen sich weitgehend mit den bereits erwähnten grundlegenden Verhaltensdispositionen erklären. Der polnische Hang zu Individualismus und Konfliktbereitschaft sowie der tschechische Sinn für Ordnung und Konsensfindung prägten zweifellos auch die politische Auseinandersetzung. Daneben spielten andere Faktoren wie die geringeren sozialen Spannungen in Tschechien eine wichtige Rolle, die ihrerseits mit den generellen Verhaltensdispositionen und den günstigeren Ausgangsbedingungen zusammenhingen.

Allerdings erwies sich der tschechisch-slowakische Gegensatz stärker als erwartet und prägte die regulären Wahlen vom Frühling 1992. Nach einem erbittert und teilweise recht demagogisch geführten Wahlkampf hatten sich die jeweils stärksten Gruppierungen, diejenige von Meciar in der Slowakei und diejenige von Klaus in Tschechien, mit jeweils gut einem Drittel der Stimmen durchgesetzt. Die beiden führenden, programmatisch völlig verschiedenen Parteien konnten zusammen mit ihren kleineren Verbündeten ihre jeweiligen nationalen Republiksparlamente dominieren sowie die föderalen Parlamente blockieren. Die Partei von Klaus, die ODS, errang mit ihren Koalitionsparteien, der rechtsliberalen ODA und der eher sozialliberal orientierten Christlich-Demokratischen Partei KDU-CSL, sogar 105 der 150 Mandate. Damit war der Weg zur Spaltung programmiert. Nach mühsamen Verhandlungen konnte Ende Oktober ein Übereinkommen getroffen und die staatliche Trennung für Anfang 1993 beschlossen werden.³⁰

Während in Tschechien die herrschenden politischen Kräfte politisch gestärkt aus den Trennungswirren hervorgingen und in der Folge eine lange Dominanz ausspielen konnten, kam es in Polen bereits 1993 zu einem Machtwechsel. Die anfänglich isolierten, nun erneut erstarkten Postkommunisten der SLD gewannen mit 20 Prozent aller Stimmen überraschend die vorzeitigen Neuwahlen vom September 1993, die nach dem Sturz der Regierung durch Präsident Walesa angesetzt worden waren. Die SLD errang zusammen mit ihrem Koalitionspartner, der ebenfalls eher „linksorientierten“ Bauernpartei PSL, sogar eine deutliche absolute Mehrheit aller Sejmsitze. Auch das gute Abschneiden der linken UP, einer Partei mit Solidarnosc-Hintergrund, unterstrich die Trendwende. Diese Verschiebungen hatten aber wenig mit einem ideologischen Linkstrend zu tun, sondern vielmehr mit der Attraktivität von „Linksparteien“ für die enttäuschten Wähler der „Mitte“. Daß die postkommunistischen Parteien in Polen erfolgreich waren, hing neben der Betonung sozialer Aspekte vor allem damit zusam-

men, daß sie sich als moderate „seriöse“ Kraft präsentieren konnten, während die heillos zerstrittenen Rechtsgruppierungen sich gegenseitig das Wasser abgruben und meist an der neu eingeführten Prozenzhürde scheiterten.³¹ Allerdings vermochte auch die postkommunistische Regierungskoalition unter dem PSL-Politiker Pawlak nicht, stabilere Verhältnisse zu schaffen. Interne Auseinandersetzungen, diverse Affären sowie Konflikte mit Präsident Walesa führten immer wieder zu politischen Krisen. Die Regierung verlor auch viel von ihrem anfänglichen Vertrauensvorschuß, nicht zuletzt, weil sie ihre sozialen Versprechungen nur in geringem Maße einlöste. So kam es bereits im Februar 1995 zu einer Regierungsumbildung, wobei der SLD-Politiker Oleksy zum neuen Premierminister ernannt wurde. Danach wurde das politische Geschehen durch die Präsidentschaftswahlen vom Herbst 1995 beherrscht, wobei sich die Polarisierung zwischen dem „postkommunistischen“ Lager und dem weiterhin zerstrittenen „rechtem“ Lager verschärfte. Die Rechte propagierte dabei ideologisch einen traditionalistisch-katholischen Kurs, sozialpolitisch hingegen eher „linke“ Postulate, während die Postkommunisten sich als Hüter eines laizistisch-pluralistischen Staates profilierten, sozialpolitisch aber als Regierungspartei defensiv agierten. Der postkommunistische Kandidat Kwasniewski siegte schließlich knapp über seinen Rivalen Walesa, wobei vor allem die Person und der kontroverse, sprunghafte Stil des alten, seit einiger Zeit wenig populären Präsidenten den Ausschlag gaben. Trotz der erstmaligen Besetzung aller wichtiger Staatspositionen durch das linke Lager beruhigte sich die politische Lage nicht. Bereits im Winter 1996 kam es zu einer erneuten Regierungsumbildung, nachdem der Premierminister der Spionage verdächtigt worden war und vom jüngeren SLD-Politiker Cimoszewicz abgelöst wurde.³²

In Tschechien hingegen blieb unter der Dominanz der ODS und ihres Premierministers Klaus die politische Situation relativ stabil. Allerdings schwelten in der Koalition schon lange Konflikte. Dabei ging es nicht nur um den in ganz Osteuropa ausgeprägten Kampf um Posten und Pfründen, sondern auch um Unterschiede in wichtigen politischen Fragen, wie der Dezentralisierungsreform, sozialpolitischen und religionspolitischen Angelegenheiten. Nach mehreren Affären und harten internen Auseinandersetzungen spitzte sich im Frühling 1995 die Situation zu. Die Regierung und die sie stützenden Parteien erlitten auch erstmals einen deutlichen Popularitätsverlust, und die Sozialdemokraten konnten in der Folge in den Meinungsumfragen fast zu der dominanten ODS von Premierminister Klaus aufschließen.³³

4.2 Die aktuelle Entwicklung (ab 1996)

In Tschechien erfolgte aber bei den Wahlen im Frühling 1996 keine ähnliche Wende nach „links“ wie bei den Wahlen in Polen 1993. Zu unterschiedlich waren die politischen Einstellungen und das Parteiengefüge, obwohl in Tschechien ebenfalls eine zunehmende Polarisierung zwischen einem eher „rechtsorientierten“ und einem eher „linksorientierten“ Lager zu erken-

nen war. Da die zu traditionell eingestellten und durch ihre Vergangenheit diskreditierten Postkommunisten Tschechiens im Gegensatz zu Polen keine entscheidende Rolle spielen konnten, übernahmen sozusagen die Sozialdemokraten deren Rolle, ohne allerdings den gleichen Wahlerfolg verzeichnen zu können. Denn das „Mitte-Rechts“-Lager war lange nicht so gespalten wie in Polen und verfügte über eine relativ stabile Anhängerschaft. Die ODS erzielte mit knapp 30 Prozent der Stimmen praktisch das gleiche Resultat wie 1992, die Koalitionspartner legten sogar noch etwas zu, so daß die Koalitionsparteien auf insgesamt 44 Prozent kamen; die Sozialdemokraten erzielten 26 Prozent, die Kommunisten 10. Die rechtsbürgerliche Koalition verlor trotzdem knapp die absolute Mehrheit der Sitze, da die geringere Zahl „verlorener“ Stimmen der kleinen Parteien, die die Prozenthürde nicht schafften, ihre Mandatszahl reduzierte. Sie blieb aber mangels Alternativen an der Regierung, da mit den Kommunisten und den Nationalisten zwei extreme Parteien im Parlament saßen, die als nicht koalitionsfähig galten. Die beiden Hauptrivalen, die rechtsbürgerliche ODS und die sozialdemokratische CSSD, waren so mangels geeigneter Koalitionspartner – es waren jetzt nur noch sechs, statt wie vorher acht Parteien im Parlament vertreten – darauf angewiesen, miteinander einen *modus vivendi* zu finden. In typisch tschechischer Manier wurde eine Kompromißlösung zwischen den führenden Kräften gezimmert, die eine gewisse Machtteilung implizierte. So wurde z.B. Miloš Zeman, der Vorsitzende der Sozialdemokraten, zum Parlamentsvorsitzenden gewählt. Trotz ständiger Reibereien lief denn auch die politische Maschinerie weiter. Durch die Unterstützung von zwei ehemaligen sozialdemokratischen Parlamentariern errang die Regierung 1997 sogar wieder eine hauchdünne Mehrheit. Ihre Handlungsfähigkeit blieb aber eingeschränkt, denn auch in der Koalition selbst nahmen die Konflikte zu. Dabei ging es nicht nur um den härter geführten Kampf um Posten und Pfründen, der immer wieder mit Affären und Skandalen „angereichert“ wurde. Auch die inhaltlichen Unterschiede hatten sich im Frühling 1997 nach den akut werdenden Wirtschaftsproblemen verschärft. Vor allem die Christdemokraten gingen auf Distanz. Klaus und seine ODS verloren an Boden. Im November 1997 wollten nur noch 20 Prozent die ODS wählen, 29 Prozent die seit dem Frühling wieder Aufwind spürenden Sozialdemokraten.³⁴ Eine geplatzte alte Wahlkampfspendenaffäre und ein publik gewordenes Geheimkonto der ODS in der Schweiz brachten das Faß zum Überlaufen. Klaus musste den Hut nehmen. In einer Umfrage begrüßten fast drei Viertel den Rücktritt. Der abtretenden Regierung wurde nur noch von 14 Prozent das Vertrauen ausgesprochen. Im August 1996, nach den letzten Wahlen, waren es noch 53 Prozent gewesen. In Tschechien war damit zum ersten Mal durch eine akute Krise ein vorzeitiger Regierungswechsel vollzogen worden, waren sozusagen „polnische“ Verhältnisse eingetreten.

In Polen hingegen zeichneten sich im Rahmen der Polarisierung – scheinbar paradoxerweise – stabilere politische Verhältnisse ab. Dabei spielte die Herausbildung eines stabileren Parteiengefüges eine herausragende Rolle. Vor allem im rechten Lager fand erstmals nach mehreren vergeblichen

Versuchen eine Konsolidierung statt. Maßgebend war die im Sommer 1996 erfolgte Gründung der AWS, der Wahlaktion der Solidarnosc, einem Bündnis der Gewerkschaft Solidarnosc und diverser Rechtsparteien; vorher war schon die rechtspopulistische ROP entstanden. Aufgrund des unterschiedlichen historischen Hintergrundes war die polnische Rechte im Gegensatz zu Tschechien generell mehr rechtsnational-traditionalistisch als rechtsbürgerlich orientiert. Die intern sehr heterogene AWS konnte sich immer besser konsolidieren und bildete bereits seit Ende 1996 den Gegenpol zur dominierenden postkommunistischen SLD. In den Umfragen kamen beide Gruppierungen auf einen Stimmenanteil von je rund einem Viertel, was sich in der Folge kaum mehr änderte. Die Sympathisanten der beiden Gruppierungen unterschieden sich dabei vor allem nach allgemeinen ideologischen Kriterien. Rund zwei Drittel der SLD-Wähler bezeichneten sich selbst als „links“, ebenfalls rund zwei Drittel der AWS-Wähler als „rechts“, während sozioökonomische Kriterien nur eine geringe Rolle spielten. Damit war in Polen aufgrund seiner spezifischen Geschichte die alte Teilung zwischen der „komuna“ und der „Solidarnosc“ auch acht Jahre nach der Wende immer noch politisch sehr wirksam.³⁵

Bei den Parlamentswahlen vom September 1997 gelang es dann der AWS zuzulegen und mit 32 Prozent gegenüber 27 Prozent der SLD die Wahlen zu gewinnen. Dies hing allerdings mehr mit der Schwäche ihrer Rivalen im „rechten“ Lager als mit der eigenen Stärke zusammen. Im Endeffekt gingen dieses Mal mit 5 Prozent nur wenige rechte Stimmen „verloren“ – d.h. Stimmen, die an Parteien gingen, die wegen der Prozenzhürde nicht ins Parlament gelangten; 1993 waren es fast 25 Prozent gewesen. Diese „Selbstdisziplinierung“ der Rechten war denn auch der Hauptgrund für ihren Wahlsieg. Zudem hatte sich die Verbesserung ihres gesamten Stimmenanteils um rund 10 Prozent – auf nun 43 Prozent – ausgewirkt. Neben einer relativ aufwendigen und geschickten Wahlkampagne der AWS hatte auch der Trend zu einer stärkeren Rechtsidentifikation den Erfolg ermöglicht. Hatten sich vor vier Jahren, im September 1993, erst 25 Prozent als politisch „rechts“ bezeichnet, so waren es vier Jahre später 34 Prozent, die höchste Zahl seit der Wende.³⁶

Obwohl die AWS mehr Präsenz als die defensiv agierende SLD zeigte, verlief der Wahlkampf eher flau. Die Wahlbeteiligung lag mit 48 Prozent nicht nur deutlich unter den 65 Prozent der letzten Präsidentschaftswahlen, sondern war auch um 4 Prozent geringer als bei den Wahlen von 1993. Neben der AWS waren es die Liberalen von der UW, der „Freiheitsunion“, die nach einer aufwendig geführten Wahlkampagne mit 14 Prozent eine weitere Überraschung schafften. Damit errangen sie die komfortable Position des „Königsmachers“. Denn alle andern Parteien erlitten deutliche Niederlagen, allen voran der bisherige Regierungspartner der Postkommunisten, die durch interne Querelen und Affären geschwächte Bauernpartei PSL, die nur knapp über die Fünfprozenzhürde kam. Die bisher viertgrößte Partei im Sejm, die linksdemokratische UP, die „Arbeiterunion“, schied sogar aus dem Parlament aus. Und die rechtsnationale ROP spielte als fünfte im Sejm

vertretene Partei mit nur sechs Sitzen praktisch keine Rolle mehr.³⁷ Damit war die neue Regierungs-Koalition vorgezeichnet, eine Mitte-Rechts-koalition aus AWS und UW, die allerdings aufgrund programmatischer Unterschiede und persönlicher Animositäten ein beträchtliches Konfliktpotential beinhaltete. Obwohl bereits die Bildung einer Regierung und die Formulierung eines Regierungsprogramms auf große Schwierigkeiten stieß, gelang es schließlich, eine Regierung unter dem wenig bekannten, aber als integer geltenden AWS-Politiker Jerzy Buzek zu bilden, der als Vizepremier auch der Vorsitzende der UW, Leszek Balcerowicz, angehörte.

Damit war es in Polen wiederum wie schon 1993 zu einem regulären Machtwechsel gekommen, was durchaus als ein Indiz politischer (System-)Stabilität gewertet werden kann. In Tschechien hingegen herrschte zur selben Zeit – nach dem Rücktritt von Klaus und den verworrenen Machtverhältnissen – eine politische Krise vor. Josef Tosovsky, dem von Präsident Havel mit der Regierungsbildung beauftragten parteilosen Notenbankpräsidenten, gelang es schließlich mit der innerparteilichen Opposition der ODS, den beiden vorherigen Koalitionspartnern sowie unabhängigen Parteilosen eine Übergangsregierung zu bilden. Mit dem Versprechen vorzeitiger Neuwahlen im Juni 1998 sicherte er sich auch die Unterstützung der Sozialdemokraten. Diese erzielten dann nach einem emotional und erbittert geführten Wahlkampf erstmals mit 32 Prozent am meisten Stimmen. Das Hauptargument, daß endlich ehrliche Leute an die Macht kommen sollten, überzeugte mehr Wähler als erwartet. Obwohl die Partei organisatorisch immer noch schwach war – sie hatte nur rund 15.000 Mitglieder –, gelang es ihr, sich mit einem vor allem in die Provinzen getragenen Wahlkampf als Partei des „Wechsels“ zu etablieren. Denn das Potential an Unzufriedenen war in Tschechien noch nie so groß gewesen. Obwohl die Politikverdrossenheit enorm war, gingen knapp drei Viertel an die Urnen, fast gleichviel wie vor zwei Jahren. Die eigentliche Überraschung schaffte die ODS von Vaclav Klaus. Nach der am Anfang des Jahres erfolgten Parteispaltung war die Partei völlig am Boden gelegen. Nur noch rund jeder Zehnte gab damals an, ODS wählen zu wollen. Mit einer Mischung von „Selbstkritik“ und Verunglimpfung der linken Gegner gelang es Klaus und seiner ODS jedoch, sich erneut als bürgerliche Alternative zu profilieren. Die ODS schaffte denn auch mit 28 Prozent ein Ergebnis, das die Prognosen um fast 10 Prozentpunkte übertraf und nur wenig unter dem Ergebnis der letzten Wahlen lag. Die liberale Freiheitsunion, die sich von der ODS abgespalten hatte, kam hingegen nur auf 9 Prozent. Gleich viel erzielten die etwas sozialer eingestellten Christlich-Demokraten, die bisher immer in der Regierung mitgewirkt hatten. Sonst schafften nur noch die Kommunisten mit 11 Prozent den Einzug ins Parlament.³⁸

Trotzdem nun nur noch fünf statt sechs Parteien vertreten waren, erwies sich die Bildung einer neuen Regierung als schwierig. Zwar besaßen die drei Rechtsparteien eine wenn auch knappe Parlamentsmehrheit, aber durch ihre völlige Zerstrittenheit gelang es nicht, eine Koalition zu bilden. Auch ein Zusammengehen der zwei kleineren Rechtsparteien mit den So-

zialdemokraten kam aufgrund inhaltlicher Differenzen kaum in Frage. Schließlich resultierte wieder eine ähnliche Situation wie bei der letzten von Klaus geführten Regierung – ein Art „stille“ große Koalition, nur diesmal mit umgekehrten Vorzeichen. Die Minderheitsregierung stellten nun die stärkeren Sozialdemokraten, während die ODS einige wichtige Machtpositionen besetzen konnte. Allerdings war diese ungewöhnliche Konstruktion, welche erneut den Pragmatismus – um nicht zu sagen Opportunismus – der tschechischen Politiker dokumentierte, noch instabiler. Der gemeinsame Nenner war klein, und es kam denn auch immer wieder zu kleineren und größeren Krisen. Eine klare Regierungspolitik, wie sie eigentlich die kritische wirtschaftliche Lage erfordert hätte, war so nicht möglich. Kein Wunder, daß die neue Regierung schon von Anfang an nur mäßiges Vertrauen genoß. Im September sprachen ihr 44 Prozent das Vertrauen aus, fast 10 Prozentpunkte weniger, als die letzte Regierung von Klaus nach ihrem Amtsantritt erreicht hatte. Im April 1999 waren es nur noch 31 Prozent. Auch das Vertrauen in die Abgeordnetenkammer war mit 23 Prozent gering. Nur Präsident Havel konnte sich mit 52 Prozent absetzen. 74 Prozent waren auch mit der politischen Situation unzufrieden. Im Juni, ein Jahr nach den Wahlen, waren die Wahlpräferenzen der regierenden Sozialdemokraten auf 20 Prozentpunkte gefallen; die Unzufriedenheit mit der mangelnden Realisierung der Wahlversprechen und den fehlenden Erfolgen in der Wirtschaftspolitik hatten damit ihren Niederschlag gefunden.³⁹

Im Vergleich zu Tschechien zeigte sich die politische Szene Polens mit ihrer Mitte-Rechts-Regierung Rechtsregierung aus AWS und UW um einiges stabiler. Allerdings tauchten auch in der Zusammenarbeit der beiden Koalitionspartner häufig Konfliktpunkte auf. Sie reichten von Auseinandersetzungen um die Besetzung von Regierungs- und Verwaltungsapparatsposten über Meinungsverschiedenheiten in grundlegenden Bereichen wie der Ausrichtung der Wirtschaftspolitik bis hin zu Unterschieden in konkreten Fragen wie der Sexualerziehung in der Schule oder Steuererleichterungen für Familien.⁴⁰ Trotz der Querelen stand aber die Koalition nie ernsthaft zur Debatte. Wie bei der vorangegangenen Zusammenarbeit zwischen PSL und SLD führten Machtwillen und das Fehlen von Alternativen dazu, die Konflikte nie allzu sehr eskalieren zu lassen. Es gelang der Koalition sogar, in ihrem ersten Regierungsjahr wichtige Reformvorhaben durchzusetzen, vor allem eine Dezentralisierungsreform, die Reform des Gesundheitswesens und der Sozialversicherungen sowie eine Bildungsreform, die mehrheitlich Anfang 1999 in Kraft traten. Die Reformprojekte stießen aber nicht nur auf den Widerstand der Opposition, sondern oft auch auf denjenigen betroffener Berufsgruppen. Obwohl einige Reformen in die Wege geleitet wurden, die besonders dem ideologisch-politischen Profil der AWS entsprachen – u.a. wurden die gesetzlichen Abtreibungsregelungen wieder verschärft und erstmals der Zugang der Bürger zu den Akten des ehemaligen kommunistischen Sicherheitsdienstes beschlossen –, zeigten sich die radikaleren rechtsnationalistisch und katholisch-fundamentalischen Kräfte in der AWS enttäuscht. Die Spannungen führten bereits im Sommer 1998

zum Ausschluß einiger Abgeordneter, dem weitere Abspaltungen folgten.⁴¹ Auf der linken Oppositionsseite profilierte sich die SLD weiterhin als führende Kraft, wobei sie gegenüber der Regierungskoalition einen kompromißlosen und angriffslustigen Kurs steuerte, der kaum Raum für konstruktive Kooperationen ließ. Da die Regierungsseite ihrerseits ähnlich verfuhr, verfestigte sich die polarisierte Lagerbildung weiter. Typischerweise dominierten die beiden Hauptgruppierungen AWS und SLD bei den Wahlpräferenzen in den Umfragen und setzten sich auch bei den Regionalwahlen vom Oktober 1998 deutlich durch.⁴²

Allerdings sind die wirtschaftlich-sozialen und politischen Spannungen in jüngster Zeit deutlich gestiegen und dürften aufgrund der abflauenden Konjunktur und diverser Restrukturierungsprobleme zunehmen. Einen ersten Höhepunkt erreichten sie bereits im Winter 1999. Neben breiten Protestbewegungen im Gesundheitswesen und im Bildungsbereich, die sich vor allem gegen die erwähnten Reformvorhaben und ihre schlechte Vorbereitung wandten, standen militante Bauernproteste im Vordergrund. Zeitweise waren bis zu 250 Straßen blockiert. Trotz der Behinderungen hatte die Mehrheit der Bevölkerung Umfragen zufolge Verständnis für die Protestierenden. 78 Prozent meinten beispielsweise, daß die Bauern durchaus Gründe hätten, um zu protestieren und die Straßen zu blockieren. Zudem hatte sich die generelle Stimmung deutlich verschlechtert. Eine Mehrheit beurteilte nun die aktuelle Entwicklungsrichtung wie auch die Regierung negativ.⁴³ Zwar gelang es der Regierung, die Proteste einstweilen durch Zugeständnisse und Verhandlungen abzublocken, aber die Spannungen blieben trotzdem erhalten. Bereits Ende Mai kam es zu erneuten Protestaktionen von Bergarbeitern, Bauern und Krankenschwestern, die nur durch schnelles Eingreifen der Ordnungskräfte und erneute partielle Zugeständnisse unter Kontrolle gehalten werden konnten.

5. Aussichten – strukturelle Chancen und der EU-Beitritt

Obwohl Tschechien durch die jüngsten wirtschaftlichen und politischen Turbulenzen momentan größere Probleme hat als das dynamischere Polen, wäre es voreilig, daraus bereits weitergehende Schlüsse für die Zukunft zu ziehen – und dies aus verschiedenen Gründen. Wie bereits ausgeführt, sind auch in Polen zunehmend wirtschaftliche und politisch-soziale Spannungen zu verzeichnen. Daß sich diese ebenfalls zu einer Krise verstärken, ist zwar nicht sehr wahrscheinlich, aber nicht auszuschließen.⁴⁴ Auf mittlere und längere Sicht scheinen jedoch strukturelle Faktoren von größerer Wichtigkeit. Und hier hat Tschechien immer noch bedeutsame Vorteile aufzuweisen.

Der bereits zu Beginn angesprochene generelle Entwicklungsunterschied hat sich zwar etwas verringert, ist aber immer noch beträchtlich (vgl. Tabelle 1b im Anhang). So war das BIP pro Kopf in Polen 1997 30 Prozent tiefer als in Tschechien, 1998 immer noch rund ein Viertel. In Kaufkraftparität gemessen dürfte der Unterschied sogar noch größer gewesen sein. Für

1997 wurde das tschechische BIP pro Kopf nach Schätzungen von Eurostat mit 12.000 \$ angegeben, was 63 Prozent des EU-Durchschnittes ausmachte, dasjenige Polens mit nur 7.500 \$ bzw. 40 Prozent des EU-Durchschnittes. Auch Schätzungen der Wettbewerbsfähigkeit sehen für Tschechien günstiger aus als für Polen. 1998 z.B. wurde Tschechien von 53 klassifizierten Ländern vom World Economic Forum auf Platz 35 gesetzt, Polen nur auf Platz 49; nach einer mehr auf mikroökonomischen Kriterien basierenden Bewertung belegten die beiden Länder den 30. bzw. 41. Platz.⁴⁵ Und obwohl die tschechische Industrie an beträchtlichen Restrukturierungsproblemen leidet, darf nicht übersehen werden, daß sie auch Erfolge aufzuweisen hat. Beispielsweise hat sie ihre Exportstruktur verbessern können. Der Anteil von Exportprodukten mit einem hohen Wertschöpfungsanteil hat nach tschechischen Angaben von 40 Prozent zu Beginn der neunziger Jahre auf 55 Prozent 1998 zugenommen. In Polen hingegen ist die Exportstruktur immer noch von einem hohen Anteil an arbeits- und rohstoffintensiven Produkten geprägt, z.T. selbst in den ausländischen Betrieben.⁴⁶ Erschwerend kommt hinzu, daß sich die zukunfts wichtigen Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf einem tiefen Niveau bewegen. Nach OECD-Angaben machten sie 1995 in Polen nur gerade 0,7 Prozent des BIP aus und waren zu rund 70 Prozent durch staatliche Mittel finanziert. In Tschechien wurden hingegen immerhin knapp 1,2 Prozent des BIP für Forschung und Entwicklung aufgewendet, der größte Teil davon durch die Industrie selbst. Das ist allerdings immer noch wenig im Vergleich mit dem EU-Durchschnitt von 2,2 Prozent. Auch im Bildungsbereich hat Tschechien einen Vorsprung zu verzeichnen, der allerdings durch die dynamische Entwicklung des polnischen Hochschulbereiches deutlich kleiner geworden ist.⁴⁷

Wieweit sich solche strukturelle Vorteile tatsächlich in der Zukunft auswirken werden, ist schwierig abzuschätzen. Daß sie bisher nicht stärker wirksam geworden sind, hängt sicherlich mit den bereits in Abschnitt 3 angesprochenen Faktoren zusammen, insbesondere der größeren polnischen Anpassungsfähigkeit und (Improvisations-)Kunst, Reserven auszuschöpfen und Nischen, wie den erwähnten Grenzhandel, zu besetzen. Daß diese Ressourcen gerade in den turbulenten Zeiten der ersten Transformationsphase besonders wertvoll sind, scheint offensichtlich. Allerdings ist anzunehmen, daß sie sich mit der Zeit mehr und mehr erschöpfen und klassische Faktoren wie Kapitalausstattung und technisches Potential wichtiger werden.⁴⁸ Ob und wieweit Polen hier eine optimale Verlagerung gelingt, die auch die wichtigen sozialen Aspekte berücksichtigt, wird sich erst in der näheren Zukunft erweisen. Größere soziale Spannungen könnten auch wieder vermehrt politische Instabilität hervorrufen - wenn auch nicht mehr in dem Ausmaße wie 1992/93. Auf der anderen Seite ist es unklar, wie weit Tschechien seine institutionellen und mentalen Barrieren besser überwinden kann, um sein größeres Potential besser zur Entfaltung bringen zu können. Dazu gehörten auch wieder klarere Mehrheitsverhältnisse, die inhaltlich einigermaßen konsistente Politiken erlauben.

Entscheidend wird sicherlich auch sein, wie Polen und Tschechien zu-recht kommen, wenn sie wie geplant bald EU-Mitglieder sein werden. Daß der Beitritt bereits zu dem von den Beitrittskandidaten vorgesehenen Ter-min, Ende 2002, erfolgt, ist allerdings unwahrscheinlich.⁴⁹ Polen hatte schon seit der Wende wie kaum ein anderes osteuropäisches Land die ra-sche Annäherung und Integration in die EU als vorrangiges Ziel angestrebt, nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen, sondern auch aus sicherheits-politischen und allgemein staatspolitischen Motiven, endlich den histori-schen „Anschluß“ an (West-)Europa zu vollziehen. Polen war aber auch darauf bedacht, nicht zuletzt aufgrund seiner regionalen Bedeutung und ei-nes gewissen Nationalstolzes, von der EU als Partner ernstgenommen zu werden. Obwohl sich die Beziehungen im allgemeinen ohne große Friktion-en entwickelten, kam es immer wieder zu Interessenkonflikten und Un-stimmigkeiten. Tschechien hingegen verhielt sich der EU gegenüber eher reserviert. Zwar waren die politisch und gesellschaftlich relevanten Kräfte mehrheitlich, vor allem aus wirtschaftlichen Gründen, für einen Beitritt, wenn von der extremen Rechten und Linken einmal abgesehen wird. Aber mit ei-nem ausgesprochen hohen Selbstbewußtsein ausgestattet - man fühlte sich allein schon durch die geschichtliche Tradition als gleichwertige Euro-päer -, wollte man von der EU als ebenbürtiger Partner behandelt werden und sparte auch nicht mit Kritik, etwa an der Brüsseler „Eurokratie“.⁵⁰ Die polnische Bevölkerung zeichnete sich denn auch erwartungsgemäß durch eine besonders EU-freundliche Einstellung aus (vgl. Tabelle 2). Al-lerdings hat die Skepsis in letzter Zeit etwas zugenommen. Zwar hätte auch im Mai 1999 mit 55 Prozent gegen 26 Prozent noch eine deutliche Mehrheit für einen Beitritt gestimmt, aber die Zahl der Befürworter ist seit dem Höhepunkt im Jahre 1996 zurückgegangen. In Tschechien hat die Skepsis, die sonst schon relativ groß war, ebenfalls zugenommen. Im April 1999 hätten nur noch 35 Prozent für einen Beitritt gestimmt – im Herbst 1997 waren es immerhin noch 49 Prozent gewesen –, 16 Prozent dage-gen.⁵¹

Obwohl die seit April 1998 laufenden Beitrittsverhandlungen bisher rela-tiv glatt verliefen, muß davon auszugehen werden, daß die großen Pro-bleme erst anstehen. Nicht weniger als 31 Themenbereiche waren für die Verhandlungen ausgesondert worden, von der Bildung über die Industrie-politik bis hin zur Landwirtschaft. Bereits bei der Beurteilung, bei der die Dif-ferenzen zwischen dem EU-Recht und den Rechtsgrundlagen des jeweili-gen Landes festgestellt und bewertet werden sollten, kam man weniger schnell als erwartet vorwärts. Deshalb einigte man sich darauf, bei den schon durchgesehenen Themenbereichen mit den Verhandlungen zu be-ginnen, indem die Positionen formuliert und sozusagen vorverhandelt wer-den sollten. Und hier zeigte sich bereits, daß gerade in wichtigen Punkten, wo konkrete Interessen auf dem Spiel stehen, deutliche Konflikte anste-hen.⁵² Zudem werden für die polnische und vor allem die tschechische Sei-te die Schwierigkeiten zunehmen, die vielen notwendigen Anpassungen umzusetzen, um die „Beitrittsreife“ zu erlangen. Bei den noch anstehenden

Anpassungen sind nicht nur die staatlichen Institutionen stark gefordert, eine Fülle von Gesetzesänderungen zu verabschieden und zu implementieren. Große Probleme bestehen auch im effektiven Beizug der nicht-staatlichen Akteure, insbesondere der Wirtschaft, die bisher weitgehend außen vorblieben.⁵³ Entscheidende Bedeutung kommt den Fortschritten bei den Verhandlungen zu. Dabei ist das große Feilschen angesagt. Betroffen davon sind nicht nur die EU und Polen bzw. Tschechien als direkte Verhandlungspartner. Vor allem die interne Diskussion, wer wo welche Konzession zu machen hat bzw. Vorteile herausholen kann, wird im Vordergrund stehen, mit absehbaren Folgen. Die internen Konflikte werden weiter angeheizt.⁵⁴ Und da die Erwartungen nicht erfüllt werden können, wird die Unzufriedenheit mit der EU-Integration zunehmen und von den EU-Kritikern wie der radikalen Rechten auch politisch instrumentalisiert werden. Hier ist die EU gefordert, ihre klar dominierende Position nicht zur übermäßigen Durchsetzung eigener Interessen auszunutzen. Zwar ist nicht davon auszugehen, daß dadurch der Beitritt verhindert würde, aber ein schlechter Start für die sonst schon schwierig werdende Anfangsphase wäre dann vorprogrammiert.

Tabelle 1:**a) Zur wirtschaftlichen Entwicklung 1990–1998**

	Wachstum BIP ¹⁾	Arbeits- losen- rate	Inflation	Budget- ergebnis ²⁾	Zah- lungs- bilanz ³⁾	Real- lohn- wachs- tum	Privat- sektor ⁴⁾ (% BIP)
TSCHECHIEN							
1990	-1	1	10	0		-5	12
1991	-14	4	57	2		-26	17
1992	-6	3	11	0	-1	11	28
1993	-1	4	21	1	0	4	45
1994	3	3	10	0	0	8	56
1995	6	3	9	0	-3	8	70
1996	4	4	9	-1	-8	8	75
1997	1	5	9	-2	-6	1	75
1998	-3	8	11	-2	-2	-3	75
POLEN							
1990	-12	6	586	0		-24	
1991	-7	12	71	-3		0	42
1992	2	14	43	-6	1	-2	45
1993	4	16	35	-3	-1	-3	48
1994	5	16	32	-3	3	1	47
1995	7	15	28	-3	5	3	60
1996	6	13	20	-3	-1	6	60
1997	7	10	15	-3	-3	7	65
1998	5	10	11	-3	-5	5	65

b) Aktuelle Basisdaten

	Tschechien	Polen
Bevölkerung (in Millionen) 1997	10,3	38,7
BIP/pro Kopf (in \$)		
– absolut 1997	5.050	3.512
– kaufkraftbereinigt 1997	12.000	7.500
BIP-Niveau 1998 (1989 = 100)	96	118
Bruttoschulden (in Mrd. \$; Ende 1998)	24,3	33,1
Direktinvestitionen (Total, Ende 1998, in Mrd. \$)	8,7	30,7
Monatslohn (in \$; Jänner 1999)	375	451
Armutsrate (in Prozent der Bev. Mitte 1996)	1	12
Lebenserwartung 1996	74	72

¹⁾ Außer der Arbeitslosenrate (Stand Ende Jahr), dem Anteil des Privatsektors (Stand Ende Jahr, ab 95 Mitte des Jahres), dem Budgetergebnis und der Zahlungsbilanz sind die Zahlen prozentuale Veränderungen gegenüber dem Vorjahr. Die Zahlen für 1998 sind z.T. vorläufig.

²⁾ Minuszahlen: Budgetdefizit in Prozent des BIP (Bruttoinlandprodukt), Pluszahlen: Budgetüberschuß in Prozent des BIP.

³⁾ Minuszahlen: Defizit der Zahlungsbilanz in Prozent des BIP (Bruttoinlandprodukt), Pluszahlen: Überschuß in Prozent des BIP.

⁴⁾ Die offiziellen Zahlen sind als Annäherungen zu betrachten; ab 1995 inoffizielle Schätzwerte der EBRD, die für den gesamten Privatsektor (inkl. informeller Sektor) etwas höhere Zahlen angeben, vgl. EBRD (1995ff.)

Quellen: Nationale Statistiken; EBRD (1995ff); Business Central Europe, The Annual 1998/99 und (May 1999) 61; UN/ECE, Trends, 1998.

Tabelle 2:

Einstellungen und Bewertungen im gesellschaftlichen Bewußtsein
 Akzeptanzindex (Prozent positive Antworten minus Prozent negative Antworten nach repräsentativen Umfragen, die jeweils im Herbst des betreffenden Jahres durchgeführt wurden)

	Einführung der Markt- wirtschaft	Allgemeine Richtung der Entwicklung	Entwicklung der Demokratie	Respektie- rung der Menschen- rechte	EU-Beitritt ¹⁾
TSCHECHIEN					
1990	54	37	-16		
1991	39	17	-25	34	
1992	23	24	-19	19	71
1993	15	28	0	12	
1994	11	25	-9	7	
1995	6	24	-4	-1	43
1996	1	9	-21	-7	43
1997	-34	-22	-22	8	49
1998					
POLEN					
1990	47	13	1		
1991	28	-41	-21	-4	
1992	33	-29	-24	-17	66
1993	29	-4	-14	-19	
1994	26	-30	-40	-29	
1995	46	7	12	-3	68
1996	36	2	-2	-16	70
1997	43	19	24	-6	63
1998					

¹⁾ Befürworter eines EU-Beitrittes in Prozent aller Befragten: 1992 Befürworter sofort oder in den nächsten 5 Jahren, ab 1995 Ja-Stimmen in einem Referendum.

Quelle: Central and Eastern Eurobarometer (1993ff.)

Anmerkungen

¹ Siehe dazu Juchler (1994) Abschnitt 3.1 und 4.1, wo weitere Literaturhinweise enthalten sind.

² Juchler (1992) 143. Das Sozialprodukt pro Kopf betrug 1989 zu offiziellen Kursen umgerechnet nur 2180\$. Kaufkraftbereinigt schwankte es je nach Schätzung zwischen 4300 und 5000\$, was rund 20 bis 25 Prozent des Niveaus der USA entsprach, Havlik (1991) 9 und 37.

³ Vgl. Juchler (1986) 387f.

⁴ Juchler (1992) 142f. Das Sozialprodukt pro Kopf betrug 1989 zu offiziellen Kursen umgerechnet 3224\$, also 47 Prozent mehr als in Polen; der reale Vorsprung dürfte etwa 50-60 Prozent ausgemacht haben.

- ⁵ Nach der Gründung unterzeichneten 1977 nur ein paar Hundert Personen die Charta, bis 1986 rund 1200, Tygodnik Mazowsze (14.1.1987). Auch kirchlich orientierte oppositionelle Kreise blieben trotz einer Bedeutungszunahme im Vergleich zu Polen sehr bescheiden. Zur Sozialstruktur vgl. z.B. Machonin, Tucek (1994) und (1996).
- ⁶ ECE (1992) 40ff. und Juchler (1994) 202ff. und 334ff.
- ⁷ Juchler (1994) 122ff., 236ff. und 359ff., EBRD (1997) 89ff., Worldbank (1996) 53f. In Tschechien waren Ende 1995 über ein Fünftel aller privatisierten mittleren und großen Unternehmen durch die Couponprivatisierung betroffen worden, was rund die Hälfte des Gesamtwertes ausmachte, in Polen nur gerade 6 Prozent.
- ⁸ Wirtschaft und Gesellschaft 22/2 (1996) 38ff.
- ⁹ Mouranche (1996) und Mansfeldova (1996).
- ¹⁰ EBRD (1996) 118 und (1998) 64. Ein Indiz für die unterschiedliche Restrukturierungsintensität liefert auch der Vergleich der Konkurse, EBRD (1997) 87. Aufgrund zahlreicher gesetzlicher Grundlagen und wechselseitiger Schonung der Unternehmen wurden in Tschechien 1992-1994 nur knapp 350 Konkursverfahren abgeschlossen, in Polen waren es immerhin fast 3.000.
- ¹¹ Worldbank (1996) 69; die Armutsrate betrug nach der Weltbankschätzung 1993 in Polen 12% (1988 6 Prozent), in Tschechien nur 1% (1988 0 Prozent). Vgl. auch Orenstein (1995), Vecernik (1996) und (1998) sowie Sicinski (1998).
- ¹² Juchler (1997) 279f; 1995 betrug in Polen die Zahl der Streiktage noch 56.000, 1994 hingegen waren es noch 561.000 und 1992 sogar 185.500 gewesen.
- ¹³ Vgl. z.B. auch Lewandowski (1995).
- ¹⁴ Kritische Sozialwissenschaftler prägten dafür den Ausdruck des „Fassadenkorporatismus“, Mouranche (1996) 30.
- ¹⁵ EBRD (1998) 163. Der Anteil der privaten Kredite am BIP betrug in Tschechien 1997 fast zwei Drittel, gleichviel wie in den USA, während er in Polen nicht einmal einen Fünftel ausmachte, Komerční Banka, Economic Trends (April 1999) 11.
- ¹⁶ Komerční Banka, Economic Trends 15 (1998), Business Central Europe (June 1997) 43f.
- ¹⁷ Obwohl häufiger erhobene Umfragedaten zeigen, daß in beiden Ländern kurzzeitige Schwankungen üblich waren, ist der Trend eindeutig; während in Tschechien seit 1996 die Unzufriedenheit bezüglich fast aller Bereiche deutlich zunahm, war in Polen 1993 bis 1998 eine gegenteilige Tendenz sichtbar. Interessant ist auch der Vergleich zu Österreich, vgl. New Democracies Barometer (1998) 86ff. Nur bei der Einschätzung des aktuellen ökonomischen Systems schnitt Österreich 1998 mit 81 Prozent eher positiven Bewertungen vor Polen mit 61 und Tschechien mit 45 Prozent deutlich besser ab; bei der Einschätzung des Regierungssystems und dem Vertrauen zu verschiedensten Institutionen waren die Unterschiede im allgemeinen aber nicht groß.
- ¹⁸ Vgl. Tabelle 1a und Komerční Banka, Economic Trends 20 (1999) 1ff. und 21 (1999) 1ff., Business Central Europe (May 1999) 24 und 60. Im April 1999 war ein Drittel der Unternehmen insolvent.
- ¹⁹ Statystyka Polska in Rzeczpospolita (3.3.1999) V.
- ²⁰ 1990-96 entstanden fast 50.000 neue polnische Unternehmen mit 1,4 Mio. Arbeitsplätzen. Bezeichnenderweise betrug Anfang 1999 der Anteil der kleinen und mittleren Unternehmen bereits rund zwei Drittel am BIP, während er in den frühen 90er Jahren erst rund 20 Prozent ausgemacht hatte, Business Central Europe (May 1998) 14f. und EBRD (1995) 140. Zu dem insgesamt jeweils fast gleichen Reformstand siehe EBRD 1996ff., zur Korruptionseinschätzung Transparency International (Sept.1998), wo Tschechien auf einer Skala von 1 bis 10 mit 4,8 und Polen mit 4,6 Punkten eingestuft wurden.
- ²¹ Daten nach der offiziellen Handelsstatistik; nach der Version, die nur die effektiven finanziellen Transaktionen berücksichtigt, betrug das Defizit 8,2 Milliarden, was aber auch schon 6,1 Prozent des BIP ausmachte, WERI (1998) 136 und 192 sowie Statystyka Polska, in: Rzeczpospolita (3.3.1999) V. Die ausländischen Firmen verursachten durch ihre deutlich höheren Importe insgesamt zwei Drittel des Handelsdefizits. Zur Gesamtentwicklung vgl. Transition 3 (1997) 58, WERI (1996) 39.

- ²² WERI (1998) 49ff.; 1997 waren die Kredite für Haushalte z.B. um 56 Prozent gestiegen. Die Geldmenge hatte mit fast 30 Prozent wie schon 1996 deutlich zugenommen und damit die angestrebten Werte deutlich übertroffen; im Gegensatz zu Tschechien wurde also faktisch die Bremse in der Geldpolitik nur wenig angezogen.
- ²³ WERI (1998) 141ff.
- ²⁴ 1996 und 97 betrug die Netto-Profitrage insgesamt noch um die 2 Prozent, 1998 nur noch gut 1 Prozent, *Statystyka Polska*, in: *Rzeczpospolita* (3.3.1999) VI.
- ²⁵ Nur das „Mazowiecki“-Lager konnte sich dann zu einer einigermaßen handlungsfähigen Partei konsolidieren. Mazowiecki hatte es - der großen Unzufriedenheit mit seiner Regierung wegen - nicht einmal in die zweite Runde geschafft; er war von Tyminski, einem populistischen politischen „Nobody“, auf den dritten Platz verwiesen worden.
- ²⁶ Politologen sprachen denn auch von einer „Politik der Nicht-Politik“, in der es weniger um konkrete Inhalte gehe, sondern um die moralische Differenz, Brokl (1992) 27. Diese Grundeinstellung war auch in der Solidarnosc-Bewegung ausgeprägt, allerdings mehr in der Entstehungszeit 1980/81.
- ²⁷ Safarikova (1995) 53ff. In der Slowakei entwickelte sich die politische Lage anders, was mit den intensiven Konflikten um den Status der Teilrepubliken zusammenhing, Krivy (1992). Eine oppositionelle, national orientierte Fraktion spaltete sich unter dem charismatischen Ministerpräsidenten Meciar Ende April als „Bewegung für eine Demokratische Slowakei“ (HZDS) ab.
- ²⁸ Von den nicht weniger als 65 landesweit eingereichten Listen errangen 21 Parlamentssitze, von 64 lokalen Listen nochmals 8.
- ²⁹ Die Suchocka-Regierung bestand aus nicht weniger als sieben Parteien mit Solidarnosc-Stammbaum.
- ³⁰ Es ist denn auch nicht überraschend, daß in einer im September durchgeführten Umfrage eine deutliche Mehrheit der Tschechen den Grund der Trennung bei den Slowaken ausmachte. Allerdings befürworteten in der gleichen Umfrage weniger als die Hälfte eine Teilung in zwei unabhängige Staaten, Juchler (1994) 384ff. und Butora, Butorova (1994).
- ³¹ Osteuropa 2 (1998) 154ff. Der Unterschied der Stimmenanteile zu den letzten tschechischen Wahlen von 1992 war denn auch nicht sehr groß. Dort holten linke und linksliberale Kräfte rund 30 Prozent der Stimmen, in Polen etwas über 40 Prozent.
- ³² Osteuropa 4 (1996) 315ff.
- ³³ *Wirtschaft und Gesellschaft* 2 (1996) 253f.
- ³⁴ Anfang des Jahres hatte die ODS mit 30 Prozent noch deutlich vor den Sozialdemokraten mit 22 Prozent gelegen (Daten des IVVM).
- ³⁵ Osteuropa 2 (1998) 148ff. Die Sympathisanten der wichtigen Parteien unterschieden sich typischerweise nur wenig in der Einschätzung sozial- und wirtschaftspolitischer Fragen, CBOS 6 (1997) 78ff. In Tschechien unterschieden sich die wichtigen Parteien ebenfalls am deutlichsten nach der politischen Selbstidentifikation Links-rechts, aber die soziale Stellung bzw. vor allem die Perzeption der eigenen sozialen Stellung spielten zusätzlich eine wichtige Rolle, Mateju (1998) 299ff. und Mateju, Vlachova (1998) 257ff.
- ³⁶ Umfragedaten des CBOS; der Anteil der „linken“ Identifikationen war hingegen gefallen, von 22 Prozent auf 17 Prozent, der politischen Mitte rechneten sich 27 Prozent bzw. 30 Prozent zu. In Tschechien lag der Anteil der rechten Identifikationen immer höher, im März 1995 z.B. bei 39 Prozent, im Sept. 1998 bei 36 Prozent, der Anteil der linken betrug je 21 Prozent, der Mitte 29 bzw. 32 Prozent (Daten des IVVM).
- ³⁷ Osteuropa 2 (1998). Die Kirchenhierarchie sympathisierte mehrheitlich mit dem rechten Lager, hielt sich aber öffentlich zurück. Damit schien die Kirche die Konsequenzen aus erfolglosen Stellungnahmen gezogen zu haben, wie sie noch bei den Präsidentschaftswahlen abgegeben worden waren. Wie Umfragen immer wieder zeigten, bezeichneten sich die Polen zwar zu rund 90 Prozent als katholisch; aber fast zwei Drittel meinten auch, der politische Einfluß der Kirche sei zu groß.
- ³⁸ Auch eine von Altkommunisten getragene Rentnerpartei, die in den Umfragen lange um die 10 Prozent herum erzielt hatte, fiel deutlich durch, ähnlich wie eine vergleichbare Par-

- tei bei den letzten polnischen Wahlen. Kleinere Parteien werden auch eher zwischen den Blöcken zerrieben, so daß weniger Parteien im Parlament verbleiben.
- ³⁹ Vgl. z. B. Respect 26 (1999) und The Prague Post (16.6.1999); Umfragedaten des IVVM.
- ⁴⁰ Die Zeitschrift Polityka listete in einer Zusammenfassung des ersten Koalitionsjahres allein 30 Konfliktpunkte auf, Polityka 38 (1998) 20f., sowie Polityka 46 (1998) 20f.
- ⁴¹ Die AWS hatte denn auch ein Jahr nach den Wahlen 15 Sitze weniger im Sejm aufzuweisen als zu Beginn der Legislaturperiode, Zycie (17.10.1998) 3.
- ⁴² Osteuropa 2 (1999). In einer Ende Mai 1998 durchgeführten Umfrage über gesellschaftliche Konflikte dominierte denn auch der Konflikt zwischen „Postkommunisten“ und Leuten aus dem „Solidarnosc-Lager“, der von knapp zwei Fünfteln der Befragten als sehr stark eingeschätzt wurde. Mit deutlichem Abstand folgten soziale Teilungen wie „oben“-„unten“ oder „reich“-„arm“ mit 22 Prozent bzw. 17 Prozent, CBOS BS/90/90 (1998) 3.
- ⁴³ Polityka 8 (1999) 12 und 18ff., OBOP-Komunikat 30 (1999). Gegen Ende März 1999 bezeichneten sich nur noch 27 Prozent als Anhänger der Regierung, im Dezember 1998 waren es noch 40 Prozent gewesen. Die Gegner hatten von 20 Prozent auf 37 Prozent zugenommen, das schlechteste Ergebnis in der Regierungszeit Buzeks (Daten des CBOS), vgl. auch Polityka 18 (1999) 30. Nach einer leichten Erholung verschlechterten sich die Umfragergebnisse erneut und erreichten im August einen neuen Tiefpunkt; die regierende AWS wollten z. B. nicht einmal mehr ein Fünftel wählen, vgl. Polityka 35 (1999) 12 und 15 und CBOS 118 (1999) 1ff.
- ⁴⁴ Dies hängt nicht nur von internen polnischen Entwicklungen ab, sondern auch von der Entwicklung der internationalen Konjunktur, insbesondere Westeuropas. Polens Regierung scheint jedenfalls noch von den günstigen Wachstumsaussichten überzeugt. Die Anfang Juni 1999 vom Finanzministerium veröffentlichten Prognosen gehen für 1999 von einem Zuwachs des BIP von rund 4 Prozent und für 2000 sogar von 5,5 Prozent aus.
- ⁴⁵ Komerčni Banka - Economic trends 18 (1999) 1f. und 19 (1999) 6.
- ⁴⁶ Komerčni Banka - Economic trends 19 (1999) 14; WERI (1998) 140 und 195, Hirschman (1998) 44. 1995 betrug der Anteil von hochtechnologischen Produkten am Export in Polen nur 4 Prozent, im EU Durchschnitt jedoch 14 Prozent, Wolodkiewicz (1998) 3ff. Kein Wunder, dass sich die polnischen Exporte in EU-Länder, die schon zwei Drittel aller Exporte ausmachen, in den letzten Jahren viel weniger dynamisch als diejenigen Tschechiens entwickelten. Polens EU-Handelsdefizit war 1997 mit 28 Prozent des Umsatzes auch deutlich höher als dasjenige Tschechiens mit 15 Prozent.
- ⁴⁷ Business Central Europe (February 1999) 19 und Rzeczpospolita (30. 11. 98) 3.
- ⁴⁸ Dies macht auch ein im Frühling 1999 präsentierter Bericht des Finanzministeriums zur „Wirtschaftlichen Entwicklungsstrategie bis zum Jahre 2010“ deutlich, wo das Schwerkraft - allerdings etwas zu ausgeprägt - auf diese klassischen Wachstumsfaktoren gelegt wird, Business Central Europe (June 1999) 42ff.
- ⁴⁹ Nach den zögerlichen EU-Reformbeschlüssen bezüglich der Agenda 2000 vom März 1999 wird wohl erst recht ein späteres Datum in Frage kommen. In EU-Kreisen kursierte bereits das Jahr 2006 als mögliche Marke, Business Central Europe (April 1999) 5 und 44.
- ⁵⁰ Vgl. auch David Stulik (1998) 157f. und Osteuropa 2 (1999) 486ff.
- ⁵¹ Daten des CBOS und des IVVM, vgl. auch die Umfragen in Central and Eastern Eurobarometer (1995 ff.). Polen war neben Rumänien das einzige osteuropäische Land, in dem 1995-97 immer deutliche absolute Mehrheiten einem Beitritt zugestimmt hatten.
- ⁵² Business Central Europe (June 1999) 41f.
- ⁵³ Wprost 41 (1998) 53, Puls Gospodarki (1.12.1998) 2 und Polityka 51 (1998) Dodatek specjalny. So müsste der polnische Sejm z.B. durchschnittlich jede Woche drei Gesetzesänderungen beschliessen, um den Fahrplan einhalten zu können. Vgl. auch Business Central Europe (March 1999) 17, (May 1999) 41, wo der zuständige tschechische Minister von grossen Verspätungen gegenüber dem Zeitplan spricht.
- ⁵⁴ Obwohl genauere Simulationen fehlen, kann davon ausgegangen werden, daß eine

Reihe von Branchen durchschnittlich zu den Gewinnern eines Beitrittes zählen werden: z.B. die Auto- und Bekleidungsindustrie, andere zu den Verlierern wie die Stahl- und Kohlenindustrie sowie z.T. die Landwirtschaft, Stulik (1998). Allerdings ist gerade die Situation in der Landwirtschaft nicht unumstritten, vgl. z.B. Europa 2 (1998) 4ff. und Rzeczpospolita (8.10.1998) 11.

Literatur

- Brokl, Lubomir, Between November 1989 and Democracy - Antinomies of our Politics, in: Czechoslovak Sociological Review, Special Issue (August 1992) 23-36.
- Butora, Martin; Butorova Zora, Die unerträgliche Leichtigkeit der Scheidung, in: Kipke, Rüdiger; Vodicka, Karel (Hrsg.), Abschied von der Tschechoslowakei (Köln 1994).
- CBOS (Centrum badania opinii społecznej), Serwis Informacyjny (Warszawa 1993ff.) (Survey Resultate).
- Central and Eastern Eurobarometer (1990ff.), Commission of the European Communities (Brussels 1990ff.) (Survey Resultate).
- Domanski, Henryk, Na progę konwergencji (Warszawa 1996).
- EBRD (European Bank for Reconstruction and Development), Transition report (London 1995ff.).
- ECE (United Nations-Economic Commission for Europe), Economic Survey of Europe (New York 1992).
- Havlik, Peter, East West GDP-Comparisons: Problems, Methods and Results (=Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche, Forschungsbericht 174, Wien 1991).
- Hirschmann, Kai, Die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Polens im Magischen Viereck des Transformationsprozesses (Berlin 1997).
- IVVM (Institut pro výzkum veřejného mínění) Survey-Kurzberichte (in tschechischer Sprache), (Praha 1993ff.).
- Juchler, Jakob, Sozialistische Gesellschaftsformation – Allgemeine Theorie und Fallstudie (Polen 1945-1984) (Frankfurt a. M. 1986).
- Juchler, Jakob, Ende des Sozialismus - Triumph des Kapitalismus? Eine vergleichende Studie moderner Gesellschaftssysteme (Zürich 1992).
- Juchler, Jakob, Umbruch in Osteuropa. Politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen 1989-1993 - Gesamtüberblick und Fallstudien (Zürich 1994).
- Juchler, Jakob, Krise und gesellschaftlicher Transformationsprozess in Osteuropa (=Schweizerischer Nationalfonds, unveröff. Projektbericht, Zürich 1997).
- Krivy, Vladimir, Trvanie a zmena na Slovensku - Analýzy vybraných problémových okruhov (=Institut stredoeurópskych štúdií FM UK, Bratislava 1992).
- Lewandowski, Edmund, Charakter narodu Polaków i innych, „Aneks“ - Polityka (Warszawa 1995).
- Machonin, Paweł; Tuček, Milan, A Historical Comparison of Social Structures in the Czech Republic in the Years 1984 and 1993, in: Czech Sociological Review 2 (1994) 149-172.
- Machonin, Pavel; Tuček, Milan (Hrsg.), Česká Společnost v transformaci (Praha 1996).
- Mansfeldová, Zdenka, Tiparita jako model prostředkování zájmu v politickém systému České republiky (=Institute of Sociology, Academy of Sciences of the Czech Republic, Working Paper 5/96, Praha 1996).
- Mateju, Petr, The Middle Class Formation in the Czech Republic (=Institute of Sociology, Academy of Sciences of the Czech Republic, Working Paper 6/98, Praha 1998).
- Mateju, Petr; Vlachová, Klara, Values and Electoral Decisions in the Czech Republic, in: Communist and Post-Communist Studies 31/3 (1998) 249-269.
- Mouranche, Sylvie, Doświadczenia trójstronności w Europie Środkowej (Warszawa 1996).
- New Democracies Barometer V, Centre for the Study of Public Policy (Glasgow 1998).
- Orenstein, Mitchell, Transitional Social Policy in the Czech Republic and Poland, in: Czech Sociological Review 2 (1995) 179-208.
- Safariková, Vlasta et al. (Hrsg.), Transformace České Společnosti 1989-1995 (Brno 1995).

Sicinski, Andrzej (Hrsg.), Do i od socjalizmu (Warszawa 1998).

Stulik, David, European Integration in Poland and the Czech Republic, in: Dornisch, David, et al. (Hrsg.), Post-Communist Transformations (Warsaw 1998) 157-177.

Vecernik, Jiri, Household Incomes and Social Policies: The Czech Republic in the Period 1989-1995 Start Foundation - Research Papers (Prague 1996).

Vecernik, Jiři, Distribution of Income in the Czech Republic in 1988-1996 (=Institute of Sociology, Academy of Sciences of the Czech Republic, Working Paper 8/98, Praha 1998).

WERI (World Economy Research Institute), Poland - Economic Report (Warszawa 1995ff.).

Wołodkiewicz-Donimirski, Zdzisław, O niektórych aspektach konkurencyjności gospodarki polskiej (=Kancelaria Sejmu, Biuro Expertiz 628, Warszawa 1998).

World Bank, From Plan to Market - World Development Report 1996 (New York 1996).

Wirtschaft & Umwelt

Die Zeitschrift
für Umweltpolitik.
Wir schreiben, was
Menschen & Umwelt
bewegt. In der Politik.
Im Betrieb. Im Leben.
Alle drei Monate neu.
Ein Jahr Wirtschaft &
Umwelt kostet S 100,-.
Für AK-Mitglieder
ist die Zeitschrift
kostenlos. Rufen Sie
an. Bestellen Sie
Ihr Gratis-Probeheft.



AK

01/501 65-2424